Nr. 38 / Einzelpreis 10 Pfennig **Heute Sportbeilage.** Halle (Saale), den 15. Februar 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Leipzig

Völkerbundskrise?

Um die Ratssitze.

Intriguen und Katzbalgereien. / Die deutsche Regierung plant eine diplomatische Aktion in Paris und London.

Brüssel, 15. Februar. (Radiomeldung.)

„Peuple" gibt aus unterrichteter Quelle folgende Darstellung über die Frage der ständigen Sitze im Völkerbundsrat: **Die Zuteilung eines ständigen Sitzes an Polen habe Paris angeregt.** Aber auch England bekämpfe dieselbe keineswegs. Bekämpft werde sie namentlich von Schweden. „Peuple" läßt durchblicken, daß auch Belgien keineswegs für Polens Forderung sei. — Spanien habe schon oftmals und schon lange mit zweifelhaften Mitteln intrigiert, um einen ständigen Sitz zu bekommen. In diesem Bestreben werde es von England unterstützt, und Frankreich wiederum könne mit Rücksicht auf die Lage in Marokko gegen Spanien nicht auftreten. „Peuple" hofft jedoch, daß die kleineren Staaten im Rat und in der Völkerbundsversammlung das spanische Manöver durchkreuzen werden. Mehrere Staaten sollen sich auch bemühen, einem der drei großen lateinischen Staaten Südamerikas einen abwechselnden Sitz im Rate zu sichern. **Das Blatt steht auf dem Standpunkte, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht der richtige Augenblick sei, um die Frage der Vermehrung der Ratssitze aufzuwerfen, und meint, daß in den letzten Tagen verschiedene europäische Hauptstädte zu der gleichen Ueberzeugung gelangt sind.** Auf alle Fälle müsse verhindert werden, daß die politische oder die brasilianische Frage schon auf der nächsten Märztagung des Rates diskutiert werde.

London, 15. Februar. (Radiomeldung.)

Der ausgezeichnet informierte Korrespondent des „Observer" stellt fest, daß die Forderung Polens und Spaniens nach einem Ratssitz im Völkerbund überhaupt erst dann eine britische Zustimmung erhalten könne, wenn die Auffassungen nicht nur derjenigen Länder gehört werden, welche die Sitze fordern, sondern auch die Auffassung Frankreichs, Deutschlands, Schwedens, der Tschechoslowakei und Belgiens. Wenn es soweit ist, werde Großbritannien seine Haltung **durch Loyalität gegenüber dem Geiste von Locarno und durch das Versprechen, Deutschland zum vollen Status einer Großmacht wieder zu verhelfen, bestimmen lassen.** Im übrigen verweist der Korrespondent darauf, daß die Frage der Sitze Polens und Spaniens erst auf der Herbsttagung des Völkerbundsrates spruchreif sein könne, da die nächste Völkerbundsversammlung lediglich zu dem Zwecke der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einberufen sei. Eine Aufrollung irgendeiner anderen Frage als die Aufnahme Deutschlands müßte die englische Regierung in eine schwierige Lage bringen.

London, 15. Februar. (Radiomeldung.)

Der Londoner „Sunden Expreß" schreibt in seiner letzten Ausgabe: „Herr Sthamer, der deutsche Botschafter in London, wird die Empfindungen seiner Regierung Chamberlain Anfang dieser Woche übermitteln. Er wird vielleicht sogar zu verstehen geben, daß, **wenn die Intrigen wegen des Ratssitzes fortgesetzt werden sollten, Deutschland seine Stellung zum Völkerbund einer neuen Prüfung unterwerfen werde. Das könne das Ende des Locarnopaktes bedeuten.**"

Es ist richtig, daß die Reichsregierung wegen der Verteilung der Ratssitze eine diplomatische Aktion plant, in deren Verlauf sowohl die französische Regierung wie auch Chamberlain über die Haltung Deutschlands unterrichtet werden sollen.

Rußland und die Abrüstungskonferenz.

Für die Konferenz, aber gegen Genf.

Berlin, 15. Februar. (Radiomeldung.)

Die russische Regierung hat am Sonnabend ihre Antwort auf die vom Völkerbund ergangene Einladung an Rußland zur Entsendung von Vertretern in die vorbereitende Abrüstungskonferenz veröffentlicht. Tschitscherin stellt im ersten Teil seiner Antwort fest, daß mit der Bestimmung von Genf als Tagungsort jede Möglichkeit einer Beteiligung der Sowjetunion praktisch ausgeschlossen ist, und die Antwort fährt dann fort: „Die von der schweizerischen Regierung gegenüber der Sowjetregierung eingenommene Haltung trug bedeutend zur Schaffung der Atmosphäre bei, in der das freisprechende Urteil im Prozeß gegen den Mörder Worowski möglich wurde. Dadurch, daß der Mörder nicht bestraft wurde, wurden die Sowjetbürger, insbesondere der offizielle Sowjetdelegierte, außerhalb des Gesetzes gestellt. Die Sowjetregierung kann ihre Delegierten nicht in ein solches Land entsenden, solange sich die Verhältnisse, die zur Zeit der Ermordung Worowskis bestanden und weiter bestehen, nicht geändert haben. Der Sowjetregierung wird auf diese Weise die Möglichkeit genommen, an der vorbereitenden Kommission teilzunehmen, falls diese nicht nach einem anderen Ort einberufen wird. Die Sowjetregierung erklärt den Völkerbundsrat für ihren Ausschluß von der Teilnahme an dieser Kommission verantwortlich."

•

Die Sowjetregierung ist also prinzipiell bereit, an der internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Sie wird sehr bald auch prinzipiell bereit sein, am Völkerbund teilzunehmen. Vom Prinzip bis zur Praxis ist der Schritt nicht immer groß. Die zunächst interessierende Frage lautet: Wird die schweizerische Bundesregierung durch diplomatischen Akt die Angelegenheit Worowski aus der Welt schaffen?

Ein bedeutungsvoller Prozeß.

Ist die Reichswehr gegenüber der Schwarzen Reichswehr rentenpflichtig.

Der Reichswehrminister wird demnächst wegen seiner Verantwortlichkeit für die Schwarze Reichswehr zivilrechtlich belangt werden. Der Arbeiter Max Meier aus Frankfurt a. O. hat sich als Schwarzer Reichswehrmann eine Dienstverletzung zugezogen und verlangt durch seinen Rechtsanwalt, den Genossen Falkenfeld, die ihm zustehende Rente. Diese ist ihm von Reichswehrministerium bisher verweigert worden, mit der Begründung, er sei nicht Soldat gewesen. (!) Nun stellt der **Rechtsanwalt unter Beweis, daß die Heeresverwaltung verantwortlich für die Schaffung und Duldung der Schwarzen Reichswehr ist. Meier wurde regelrecht als Soldat angeworben.** Merkwürdigerweise sind die entsprechenden Urkunden des Arbeitskommandos Küstrin „vernichtet" worden. Rechtsanwalt Falkenfeld führt in seinem Schriftsatz aus: „Meier trug eine Uniform und eine Regimentsnummer. **Die Achselklappen werden vorgelegt werden.** Warum ist dem „Arbeiter" Meier nicht die Invalidenkarte abgenommen worden? **Warum ist er mit Mineuwerfen und im Sprengen von Brücken militärisch ausgebildet worden? Warum mußte er sich auf zwölf Jahre verpflichten? Warum hat er bei Urlaubsfahrten einen Urlaubsschein und auf der Eisenbahn eine Soldatenkarte bekommen?**"

Der Prozeß wird von allergrößter Bedeutung vor allem für die Hinterbliebenen der von der Feme Ermordeten sein, da die Soldateneigenschaft der Mitglieder der Schwarzen Reichswehr bis jetzt immer bestritten wurde.

Katholische Kundgebung in Berlin

Organisatorische Stärkung der rechtselbischen katholisch-politischen Vereinigungen.

Berlin, 15. Februar. (Privattelegramm.)

Gestern nachmittag veranstaltete der Volksverein für das katholische Deutschland, Abteilung Groß-Berlin, eine starkbesuchte Kundgebung im Plenarsitzungssaale des Reichstags, an der auch der Berliner Weihbischof Dr. Seitner, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsjustizminister Dr. Marx und zahlreiche Zentrumsabgeordnete teilnahmen. U. a. hielt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ein Referat über „Die sozialen Probleme der Großstadt", in dem er die Frage der Wohnungswirtschaft erörterte. Er erklärte, wie der „Montag" berichtet, daß **eine Aufhebung der Wohnungswirtschaft erst dann möglich sein werde, wenn das vorhandene Wohnungselend beseitigt sei.** Um der Wohnungsnot zu begegnen, bedürfe man des Kapitals. Es handele sich um die Frage, ob man einen Realkredit von 50 bis 60 Millionen Mark zur Verfügung stellen könne und wolle. Um einer erneuten Inflation vorzubeugen, sei der Preisabbau unbedingt erforderlich. Eine weitere Senkung des Zinsfußes werde folgen.

In einer gestern vormittag im Reichstage abgehaltenen Besprechung innerhalb der Zentrumspartei, an der auch Reichsjustizminister Dr. Marx und Staatssekretär Lammers teilnahmen, wurde **beschlossen, die Zentrumsorganisationen der katholischen Diaspora rechts der Elbe gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen, der Provinz Sachsen und den Städten Bremen und Hamburg zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.** Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft wurde Ministerialrat z. D. Spricker (der bekannte Propagandist der Wirtschaftspartei — D. Red.), der ehemalige Reichspressechef, gewählt. Die Arbeitsgemeinschaft soll, wie die „Montagspost" berichtet, die Pflege des politischen Gedankens und eine stärkere Vertretung der Zentrumsorganisationen der Diaspora in der Partei bezwecken.

Ausbau einer Großwasserkraftanlage.

München, 14. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Unter dem Druck der noch immer anschwellenden Arbeitslosigkeit hat die bayerische Regierung jetzt den zweiten Teil des Ausbaues der Groß-Wasserkraftanlagen Mittlere Isar in Angriff genommen. Es handelt sich um die Schaffung der vierten Kraftstufe mit 29 000 PS. sowie der Anlage eines 25 Millionen Kubikmeter fassenden Speicherweihers, der eine gleichmäßige Ausnutzung des Isarwassers ermöglichen wird. Außerdem werden Fischteiche in einem Ausmaß von 283 Hektar geschaffen, die der notwendigen biologischen Nachreinigung der dem Wasserkanal zufließenden Münchener Abwässer dienen, die bisher nur auf mechanischem Wege geklärt wurden. Mit den Erdarbeiten für den Speicherweiher und die Fischteiche ist bereits begonnen worden. Sobald der Betrieb voll aufgenommen werden kann, ist für rund 2500 Arbeiter Beschäftigung gegeben. Man rechnet im ganzen mit einer zweijährigen Bauzeit. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Amerika-Anleihe, die dem bayerischen Staat im Herbst vorigen Jahres in einer Höhe von 25 Millionen Dollar gewährt worden ist.

Französische Parlamentskrise?

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 13. Februar.

Die Krise innerhalb des französischen Parlaments hat in der letzten Zeit oft Formen angenommen, die von allen linksstehenden Elementen als eine Gefahr für das parlamentarische System empfunden werden. Die Unfähigkeit, feste Beschlüsse zu fassen, der Konflikt zwischen der Finanzkommissionsmehrheit und der Regierung, das berechtigte Mißtrauen, mit dem der stärkere linke Flügel des Kartells nicht nur der von Herrn Raoul Peret geleiteten gauche radicale, sondern auch einem Gruppchen von Radikalsozialisten, die den nationalistisch gesinnten Herrn Franklin (Bouillon) zum Inspirator haben, auf die Finger sehen muß, die völlige Unsicherheit, in der man sich sowohl in rein finanzieller Hinsicht, was die unmittelbare Zukunft des Franken betrifft, als in parlamentarischer Hinsicht, was die Zukunft des Kartells betrifft, befindet, der in immer weitere Kreise dringende Eindruck, daß die gegenwärtige Kammer aus Mangel einer scharfumrissenen Mehrheit nicht arbeitsfähig ist: all das hat eine Atmosphäre geschaffen, die von der Reaktion äußerst leicht zu antiparlamentarischen Zwecken ausgebeutet werden kann.

Geht man den Dingen auf den Grund, so ist immer wieder festzustellen, daß die politischen und die wirtschaftlichen Scheidelinien in der am 11. Mai 1924 neu gewählten Kammer sich nicht decken, sondern zwei voneinander verschiedene Mehrheiten bilden, so daß der politische Wille der einen, dem zur Bekämpfung des Bloc National entstandenen Linkskartell Dauer zu verschaffen, selbst innerhalb des Kartells auf den wirtschaftlichen Willen der anderen stößt, gewisse Privilegien und Traditionen nicht aufzugeben. Dieser Gegensatz hätte sich in „normalen Zeiten" verdecken lassen, wenn es sich etwa nur darum gehandelt hätte, Fragen zu erledigen, wie die der Verwaltungsreform, der Herabsetzung der Militärdienstzeit, der auswärtigen Politik. Aber da der Staat seit dem Ende des Krieges seinen Apparat erhalten und wie er seine Schulden zahlen soll, und da es gilt, aus dem finanziellen und wirtschaftlichen Nachkriegs-Chaos herauszukommen, ließ es sich nicht vermeiden, daß gerade jene Probleme in den Vordergrund rückten, die Briand letzte Woche als die „Schmerzenspunkte des Gesamtinvenjsystems" bezeichnete.

Hätte der 11. Mai 1924 den Sozialisten, Republikaner-Sozialisten (Gruppe Painlévé) und Radikalsozialisten (Herriot) allein die absolute Mehrheit gegeben, so wären zwar auch dann noch gewisse Gegentendenzen innerhalb dieser Mehrheit möglich gewesen, aber sie hätten nicht diese scharfe Form angenommen, die sie dadurch erhielten, daß die vierzig Mann starke Gruppe der gauche radicale ebenfalls zum Kartell herangeholt werden mußte, um dessen Stellung im Parlament eine gewisse Stabilität zu geben. Da nun der Bloc National, der von 1919 bis 1924 ausschließlich von Anleihen gelebt hatte, der Linken, die keine Anleihen mehr machen wollte und konnte, eine geradezu verherrende Erbschaft hinterließ, da außerdem die technischen Arbeitsmethoden des Parlaments sich den neuen finanziellen und wirtschaftlichen Problemen gegenüber als veraltet erwiesen, trat langsam jener Zustand der Erschlaffung ein, den auch das Einzelindividuum kennt, das sich plötzlich vor Aufgaben gestellt sieht, die seine Kräfte zu übersteigen scheinen.

Nun liegen die Dinge so, daß in Wirklichkeit die Ohnmacht des französischen Parlaments viel weniger den Ausdruck einer tatsächlichen Unfähigkeit, etwas Nützliches zu schaffen, bildet, als die Folge erstens der Zusammensetzung der Kammer und zweitens der Rolle des Senats. Möchten die einen in der Kammer, die sich zwar politisch zum Kartell bekennen, aber die wirtschaftlichen Auffassungen der Mehrheit des Kartells nicht teilen, Kompromisse auf diesem Gebiete erzwingen, die ohne die Unterstützung durch die Rechte unmöglich sind, so möchten andere, die nicht nur die politischen, sondern auch wirtschaftlichen Thesen des Kartells verteidigen, doch keinen allzu scharfen Konflikt mit dem Senat herbeiführen, und raten aus diesem Grund zu Kompromissen. Nach außen ergibt das ein Bild grenzenlosen Wirrwarrs, das zweifellos nicht ohne Gefahr für den Parlamentarismus ist. Darüber ist sich der gegenwärtige Ministerpräsident Briand ebenso klar wie die verschiedenen Parteien. Wenn er vorläufig trotzdem noch an einer Taktik des „passiven Zuschauers" festhält, so erklärt sich das dadurch, daß er eine neue Regierungskrise möglichst vermeiden möchte und einstweilen noch nicht sieht, auf welcher Basis er eine Verständigung zwischen der Kammer und dem Senat herbeiführen könnte. Da er kein „Finanztechniker" ist, läßt er — offiziell — seinen Finanzminister Doumer die Debatte leiten, nicht ohne ihm — privatim — immer wieder zu raten, den Konflikt mit der Linken nicht auf die Spitze zu treiben. . . . So richtig diese strategisch-politischen Ueberlegungen sein mögen, das Ergebnis der Zuschauerrolle, zu der sich Briand verdammt hat, besteht in einer Steigerung der parlamentarischen Unsicherheit, in einer Verschärfung des Mißkredits, in den die Kammer gefallen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260215-18/fragment/page=0001

Schiffbruch der Briand-Doumerschen Taktik.

Paris, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Briand hat sich am Sonntag davon überzeugen müssen, wie schlecht beraten er war, als er sich am Freitag durch die Spaltung des Kartells einen parlamentarischen Erfolg gesichert zu haben glaubte. Die Mehrheit, die ihm geholfen hat, die von der Linken geforderte schärfere Erfassung der direkten Steuern zu demolieren, hat sich bereits wieder in alle Winde zerstreut. Nach den direkten Steuern sind es nunmehr die von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhungen der indirekten Abgaben, wie sie eine nach der anderen in der Form der Rückverweisung an die Kommission oder Abtrennung ein Begräbnis erster Klasse finden. So sind am Sonntag in der Kammer die beantragten Erhöhungen der Abgaben auf Salz, Kaffee und Alkohol, die insgesamt 185 Millionen Mehreinnahmen bringen sollten, mit großer Mehrheit an die Kommission zurückverwiesen worden. Der Erhöhung der Tabakpreise, der Automobilsteuer und den Abgaben auf Benzin und mineralische Oele, deren Beratung am Sonntagnachmittag begonnen hat, wird es vermutlich kaum besser ergehen. Von der Kommissionsvorlage, an der nach der Sabotierung der direkten Steuern die Sozialisten und der linke Flügel der bürgerlichen demokratischen Gruppen jedes Interesse verloren haben, werden demnach nur noch klägliche Ruinen übrigbleiben. Angesichts dieser weder von Briand noch von seinem Finanzminister erwarteten Entwicklung wird auch die Regierung nunmehr den Rückzug antreten müssen. Doumers ganze Taktik war von Anfang an auf die Spekulation eingestellt, daß es ihm gelingen möge, der Kammer in der letzten Minute ein Votum zu der von ihm eingebrachten Zahlungssteuer entreißen zu können. Er scheint seit Sonnabend seine Haltung aufgegeben zu haben, und nach allem, was darüber in den Wandelgängen der Kammer verlautet, wird die Regierung sich vorläufig mit den kümmerlichen Resten des Kommissionsprojekts, die alle im besten Falle 1.5 Milliarden Mehreinnahmen bringen, begnügen müssen.

Französische Nachwahlen.

Paris, 15. Februar. (Radiomeldung.)

Die Ersatzwahl der Kammer, die am Sonntag in Belfort stattgefunden hat, hat dem ehemaligen Abgeordneten Tardieu, einem der Mitarbeiter Clemenceaus, im ersten Wahlgange den Sieg gebracht. Der Wahlkreis war bisher im Besitz der Radikalsozialen gewesen. Gegenüber der Hauptwahl am 24. Mai 1924 beträgt der Gewinn, den die Reaktion zu erzielen vermocht hat, rund 2100 Stimmen. Die radikalsozialistischen Stimmen sind um 2800, die sozialistischen um etwa 400 zurückgegangen.

Dagegen hat eine Nachwahl zum Senat im Departement Seine-et-Oise das Kartell reüssieren lassen. Dort wurde mit Unterstützung der Sozialisten der radikalsoziale Kandidat im dritten Wahlgange mit 950 Stimmen gewählt.

Protestbewegung der Gewerbetreibenden.

Paris, 14. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die von den Parteien der Rechten propagierte Protestbewegung gegen die neuen Steuern, insbesondere gegen die von der Kammer im Dezember beschlossene Erhöhung der verschiedenen Abgaben vom Einkommen, nimmt von Tag zu Tag größeren Umfang an. Nachdem sowohl in Paris wie in der Provinz die Geschäfte einzelner Branchen zum Zeichen des Protestes ihre Läden geschlossen hatten, bereiten die großen Verbände des Detailhandels nunmehr eine große Kundgebung für den 3. März vor. Sie fordern ihre über 600 000 Mitglieder auf, an diesem Tage ihre Läden geschlossen zu halten und gegen die neuen, einseitig Handel und Wirtschaft belastenden Steuern zu manifestieren.

Von der marokkanischen Front.

Paris, 15. Februar. (Radiomeldung.)

Nach Meldungen, für die eine offizielle Bestätigung allerdings noch aussteht, sollen die Franzosen unter dem Druck der bevorstehenden Offensive Abd el Krims die Stellungen bei dem Massiv von Bibane, das im Zentrum der französischen Front liegt und schon im vergangenen Jahre den Ausgangspunkt der ersten Angriffe der Riftruppen gebildet hat, geräumt haben. Auch von der spanischen Front wird eine Wiederaufnahme der militärischen Aktivität des Gegners gemeldet, dessen Vorbereitungen zunächst darauf gerichtet zu sein scheinen, die Stämme, die sich im Herbst den Spaniern unterworfen mußten, wieder erneut zum Anschluß an Abd el Krim zu zwingen.

Preiskalkulation der Kartelle.

Ein recht merkwürdiges Licht auf die Art und Weise, wie Preiskalkulationen in unseren Kartellen durchgeführt werden, wirft ein Beschluß des Verbandes der deutschen Baumwoll-Veredelungsanstalten. Der Verband gehört zu den festgefügtesten Kartellen der Textilindustrie und hat durch den Mißbrauch der Kartellierung sehr viel von sich reden gemacht. Um Weihnachten überraschte er die Oeffentlichkeit durch Ankündigung einer empfindlichen Preiserhöhung. Auf Grund dessen erhob sich innerhalb der westdeutschen Baumwollwarenausrüster ein allgemeiner Protest. Darauf verfügt der Veredelungsanstaltenverband eine Ermäßigung der Preise, und zwar sollen diese Preise erst im Frühjahr 1926 in Kraft treten, während die Preiserhöhung um Weihnachten sofortige Wirkung haben sollte.

Man sollte annehmen, daß ein Preiskartell in der gegenwärtigen schweren Zeit eine Preiserhöhung nur dann und in einem Umfang vornimmt, wie sie durch eingetretene Verteuerung des Materials, der Verarbeitung usw. unbedingt geboten ist. Wenn das Leipziger Kartell aber erst die Preise ganz empfindlich erhöht, dann aber die Erhöhung zum Teil wieder rückgängig macht, ist das ein Zeichen dafür, daß diese Preiserhöhung vollständig willkürlich war. Dadurch wird der gegenwärtige Kartellunfug in Deutschland wieder einmal hinreichend gekennzeichnet.

Eröffnung der freien sozialistischen Hochschule.

Sinzheimer über die Kulturidee des Sozialismus.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Bis auf den letzten Platz war der Saal des ehemaligen Herrenhauses am Sonnabendabend gefüllt, als die Freie Sozialistische Hochschule ihren ersten Vortrag veranstaltete. Genosse Heinrich Schulz begrüßte die Erschienenen. Er wies auf den Unterschied zwischen der einzigen Berliner Hochschule und der neuen Freien Sozialistischen Hochschule hin. Hier sollen Vorträge von berufenen Wissenschaftlern gehalten werden, an denen jeder teilnehmen kann, der den inneren Drang verspürt, die Idee des Sozialismus zu erfassen. Die jetzigen Vorträge sind vorläufig nur ein bescheidener Anfang im Hinblick auf das Ziel, das erreicht werden soll. Es ist an einen späteren und umfassenden Ausbau dieser Einrichtung gedacht.

Genosse Crispien begrüßte die Freie Hochschule im Namen des Parteivorstandes.

Im Auftrage der Gewerkschaften sprach Genosse Knoll vom ADGB., der an das alte Lied von dem Unverstand der Massen anknüpfte.

Dann ergriff, von Beifall begrüßt, der Gen. Sinzheimer, Professor an der Universität Frankfurt a. M., das Wort zu seinem Vortrage über die „Kulturidee des Sozialismus".

Die Kulturidee des Sozialismus, so führte Sinzheimer aus, unterscheidet sich wesentlich von der des Bürgertums. Man hat oft das Gefühl, daß in der bürgerlichen Welt die Wissenschaft nur um der Wissenschaft, das Erkennen nur um des Erkennens willen betrieben werde. Wir aber wollen die Dinge in lebendigem Zusammenhange mit dem tatsächlichen Sein betrachten. Für uns soll die Wissenschaft das Mittel sein, um die Welt und das Dasein in menschenwürdigem Sinne umzugestalten. Goethe hat einmal gesagt: „Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit!" In der Tat läuft alles Kulturelle darauf hinaus, die Persönlichkeit des Menschen auszubilden. Und doch ist unser Persönlichkeitsideal anders als das des deutschen Idealismus. Dieser Idealismus sah ab von der Welt, in der er lebte, lebte. Wir wollen die Persönlichkeit im Rahmen der Gemeinschaft bilden. Und dieser Begriff der Persönlichkeit geht unmittelbar aus dem Leben hervor.

Gerade der Arbeiter empfindet, wie sehr die Kulturidee abhängt von der Gestaltung der Wirtschaft. Und darum müssen wir uns ganz erfüllen lassen vom Gemeinschaftsgeist. Lassalle hat einmal gesagt: „Wenn wir vom Klassenkampf reden, dann fassen wir einen Satz aus nach Erlösung!" Darin offenbart sich der Wille, in Harmonie zu kommen mit dem Ganzen. Das Wissen allein genügt nicht, zu ihm gehört auch Farbe. Hüten wir uns vor einseitigem Rationalismus. Das Wissen an sich ist nur ein Teil der Kultur. Zur Kultur aber gehören auch die irrationalen Kräfte, Farbe, Ton, Jugend, Ueberschwang gehören dazu, wenn wir auffließen wollen, und auch gewisse Symbole, die sich in unsere Herzen prägen. Wo haben wir die große republikanische Hymne, wo haben wir republikanische Symbole, warum ist alles so nüchtern, so ruhig, so kahlich, so seelenlos? Glaube doch niemand, daß nur Nüchternheit und Sachlichkeit zum Aufstieg gehören und nicht auch das Herz. (Beifall.)

Wir müssen unmittelbar Freiheit, Demokratie, Selbstverwaltung erleben. Lebendige Menschen, denen der Takt nach Freiheit, Freude, Gemeinschaft, Persönlichkeit schlägt, sind notwendig. Sorgen wir dafür, daß wir nicht erstarren in Wissen und Erkennen allein, sonst werden wir eines Tages feststellen müssen, daß wir arm geworden sind. Schaffen wir mit all den geistigen Strömungen des Sozialismus gemeinsam ein wissendes, freudiges, wollendes und hoffendes Volk! (Lebh. Beifall.)

Damit hatte der erste Abend seinen Abschluß gefunden. Genosse Heinrich Schulz wies noch darauf hin, daß bei der nächsten Veranstaltung Professor Lederer aus Heidelberg und später Genosse Radbruch sprechen werden.

Gewährung von Straffreiheit. Amtlich wird mitgeteilt: Das sächsische Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 12. Februar beschlossen, dem Landtag ein Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit in Sachsen zugehen zu lassen.

Zu spät und dürftig.

Eine Nachtwächteraktion der KPD.

Die ganze Agitation der Kommunisten zur Hürstenabstimmung zeigt, daß es ihnen weniger auf die Sache als auf die Partei ankommt. Sie fühlen sich als die berufenen Verfechter der Volksinteressen und haben in Wirklichkeit doch kein anderes Ziel im Auge, als die Reihen ihrer Partei zu stärken. Die Reklame für sich selbst ist ihnen alles.

Aus diesem Bedürfnis heraus hat die kommunistische Parteizentrale am Sonnabend bei dem Reichsminister des Innern vorgesprochen, um nähere Einzelheiten über den Termin des Volksbegehrens zu erfahren. An sich eine Selbstverständlichkeit, aus der die Kommunisten natürlich ebenfalls wieder ein großes Geschrei machen, um sich als die wahren Verfechter gegen die unverschämten Forderungen der Fürsten aufzuspielen. Die Sozialdemokratie ist nicht von diesem kleinlichen reklamesüchtigen Geiste beseelt. Wenn es ihr auch mehr auf die Parteiagitation als die Sache ankäme, dann hätte sich wiederholt Gelegenheit geboten, in diesem Sinne nach außen aufzutreten. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat noch, bevor die Kommunisten überhaupt daran dachten, bei der Reichsregierung zur schnellen Einleitung des Volksbegehrens Vorstellungen erhoben, und erst am Sonnabendvormittag, bevor die Kommunisten glaubten, ihre Parteiuppe kochen zu müssen, nahm der Parteivorsitzende Otto Wels mit dem Reichsminister des Innern über die Erledigung unseres Antrages zum Volksentscheid persönlich Rücksprache. In der ihm gemachten Erklärung des Reichsinnenministers wurde bestätigt, was die sozialdemokratische Presse auf Grund der ersten Unterredungen bereits vor mehreren Tagen zu melden wußte: „Das Reichskabinett wird in seiner nächsten Sitzung auf Antrag des Reichsinnenministers beschließen, dem Volksbegehren in der Zeit vom 4. bis zum 17. März stattzugeben." Wäre der sozialdemokratische Parteivorstand so zaghaft gewesen wie die KPD. und hätte er ebenfalls erst am Sonnabend die erforderlichen Schritte bei der Regierung unternommen, dann stände der Termin zum Volksbegehren heute noch nicht fest.

Die Kommunisten sind also, wie immer, mit ihrer Aktion wieder einmal zu spät gekommen. Wenn sie trotzdem das Bedürfnis hatten, sich als die wahren Volksverfechter zu preisen und eine längst erledigte Selbstverständlichkeit zu einer großen Tat zu erheben, dann zeigt das, wie dürftig es um sie bestellt sein muß.

Volle kulturelle Freiheit für die dänische Minderheit.

Das Preußische Staatsministerium hat, wie amtlich mitgeteilt wird, durch besonderen Erlaß der dänischen Minderheit in den Grenzkreisen der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiete des Schulwesens gewährt. Während bisher nur in Flensburg eine öffentliche Volksschule mit dänischer Unterrichtssprache und eine Privatschule bestand, soll nunmehr das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzkreise Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Süd-Tondern allgemein anerkannt werden. Voraussetzung ist, daß die Erziehungsberechtigten von wenigstens 25 schulpflichtigen Kindern einen Antrag stellen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits anerkannt werden, wenn ein Antrag für 10 schulpflichtige Kinder gestellt wird. In diesem Falle werden staatliche Zuschüsse gewährt. In den Minderheitsschulen soll der gesamte Unterricht in dänischer Sprache erteilt werden; Deutsch ist Unterrichtsfach. Der Minderheit steht es frei, Privatschulen einzurichten, die über das Ziel der Volksschule hinausführen. Auch hierfür können staatliche Zuschüsse gewährt werden.

Damit ist die in Schleswig-Holstein seit langem lebhaft umstrittene Frage, ob der dänischen Minderheit öffentliche oder private Schulen zu gewähren sind, vom preußischen Staatsministerium dahin beantwortet, daß der Minderheit die volle kulturelle Freiheit eingeräumt ist, die eine oder die andere Schulart je nach den besonderen örtlichen Bedürfnissen zu wählen.

Abegg in Paris.

Paris, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Ministerialdirektor Abegg, der zurzeit im Auftrage der deutschen Regierung in Paris weilt, hat sich in einer der französischen Presse gegebenen Erklärung sehr zuvorkommend über seine bisherigen Unterhandlungen mit den zuständigen französischen Stellen geäußert. Seine Mission definierte er dahin, die Frage der Erhöhung der Stärke der Schupo über die im Vertrag von Versailles festgesetzten Grenzen zu regeln. Abegg ist bereits von der Botschafterkonferenz in dieser Angelegenheit gehört worden. Außerdem werde er mit den französischen Polizeibehörden in der ungarischen Notenfälschungsaffäre Fühlung nehmen. In diesem Zusammenhang sei in besonderer Mission u. a. der Chef der Kriminalpolizei in Berlin, Herr Weiß, von der deutschen Regierung nach Paris entsandt. Die bisherigen Untersuchungen der deutschen Polizei hätten ergeben, daß an dem ungarischen Komplott Deutsche in irgendeiner Weise nicht beteiligt seien.

Achtes Philharmonisches Konzert.

Ausführende: Sächsische Staatskapelle. / Leitung: Fritz Busch.

Eine nur ganz selten gehörte Symphonie, die fünfte von Franz Schubert (B-Dur), eröffnete diese musikalische Morgenfeier. Es ist sehr bemerkenswert, daß in einer Zeit, in der die atonale und impressionistische Musik tolle Blüten treibt, Schuberti immer mehr mit zum Teil ganz unbekannten Werken in den Konzertsälen erscheint. Schubert hat acht Symphonien geschrieben. Die Entwicklungsstufen lassen sich bei diesem außerordentlich fruchtbaren Meister kaum in den Lebensabschnitten einmarken. Die B-Dur-Symphonie trägt viele Vorzüge, aber auch manche Schwächen, die besonders in dem Mangel an Abgeschlossenheit und Konzentration liegen. Dabei gibt es, um mit Schumann zu sprechen, viele „Himmlische Längen".

Die Ballett-Suite von Max Reger zeigt in ihrer ganzen Fassung eine merkwürdige impressionistische Leichtigkeit und Durchsichtigkeit, einen etwas veredelten Zug der Instrumentation, den er von seiner Meininger Tätigkeit mitbrachte. Man bewundert eine vielseitige rhythmische Färbung, oft einen burlesken Humor, ein Sprühen und Glitzern der Melodik. Ein klangkolorisch geniales Werk.

Den Schluß des Konzertes bildete die D-Dur-Symphonie von Brahms, Opus 73. Wie Beethoven, so trägt auch Brahms in seinen Symphonien immer eine aparte Eigenart. Bringt die Erste Symphonie von Brahms rauhe Herbststimmungen, Sturm und Melancholie, so strahlt die Zweite eine herrliche Frühlingsstimmung voller Sonne aus. Schon im ersten Satz hören wir die souveräne Gewalt, die mit überragender Technik die schwierigsten Probleme dieser Musik löst, ohne daß der Fluß des Ganzen irgendwie verdunkelt wird. Durch den letzten Satz geht eine wahre Festesstimmung, hier strahlt die Musik eine Metrik und Rhythmik aus, die nur ein scharfer Kunstverstand geben konnte. Die erstaunliche Beweglichkeit gemahnt hier oft an Beethovens Grundstimmungen.

Während der Dirigent der Sächsischen Staatskapelle Fritz Busch bei Reger und Schubert nichts Ueberragendes in seiner Leitung merken ließ, wuchs er bei Brahms in seiner Auffassung zu wundervoller Abklärung und tiefer Musikalität, die ganz ver-

Beifall voll Begeisterung nieder, der nicht enden wollte. Und die Dresdener Kapelle? Nun ist es klar geworden, daß sie mehr bringt als die Berliner.

Das ganze Konzert hätte noch intensiver gewirkt, wenn der Eisenbahnfahrplan nicht die Wichtigkeit einer „Partitur" angenommen hätte. S. S.

Dalleisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Montag, 7½ Uhr: „Ein Walzertraum". Dienstag 7½ Uhr: Uraufführung von „Dona nobis pacem" von Kurt Stieblitz. Mittwoch und Sonnabend: „Die Verschwörung des Fiesko zu Genua". Donnerstag: „Dona nobis pacem". Freitag: „Die Gabe Gottes". Sonntag vormittag 11 Uhr: Oeffentliche Hauptprobe zu Pfitzners „Von deutscher Seele". Sonntag abend 7½ Uhr: „Ein Walzertraum". — Für die bevorstehende Uraufführung der Stieblitzschen Oper „Dona nobis pacem" besteht ein außerordentliches Interesse auswärtiger Teilnehmer. Es liegen heute bereits Anmeldungen von Vertretern der führenden Musikverlage, Fachzeitschriften, Tageszeitungen und Theaterleiter aus Berlin, Leipzig, Erfurt, Stuttgart, Chemnitz, Hannover, Magdeburg und Mainz vor.

Volksbühne. Zu der Hauptprobe der romantischen Kantate „Von deutscher Seele" von Hans Pfitzner, aufgeführt von der Robert-Franz-Singakademie unter Leitung von Prof. Dr. Mahlwes am Sonntag, dem 21. Februar, 11 Uhr vormittags, im Deutsches Theater erhalten unsere Mitglieder Karten zu 50 Pf. und 1 Mk. in der Geschäftsstelle, Brüderstr. 14.

Konzert Agnes Leydecker. Die rühmlichst bekannte Altistin Frau Agnes Leydecker (Berlin) gibt am 17. Februar in der „Degenloge" einen Liederabend. (Näheres s. Anzeige.)

Vorfrühlingsspiel im Provinzialmuseum. Am Sonntag, dem 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, wird in der Landesanstalt für Vorgeschichte (Provinzialmuseum), Richard-Wagner-Straße 9/10, zu deren Arbeitsgebiet Erforschung von Sitte und Brauch seit der Urzeit gehören, ein frohes Vorfrühlingsspiel zu sehen und zu hören sein, das nach der Väter Art und im Sinne hoffnungsfreudigen Gegenwartskampfes ernst und toll neues Werden begehen will.

Bakterien in der Luft.

Neue Untersuchungen.

Schon von verschiedenen Forschern wurde die Luft auf ihren Bakteriengehalt hin untersucht; doch erfolgten diese Untersuchungen gewöhnlich nur, um feststellen zu können, ob bestimmte Bakterien in der Luft enthalten seien. Hierbei ergab sich auch, daß in der freien Luft gewisse Krankheitserreger, wie z. B. Pest-, Diphtherie-, Influenza- und Pneumoniebakterien nicht enthalten sind, wohl aber Tuberkelbazillen, da diese bas Austrocknen ohne Schaden vertragen. Außerdem zeigten jene früheren Untersuchungen auch, daß sich unter den Luftbakterien 10 bis 60 Prozent Schimmelpilze befinden.

In jüngster Zeit stellte nun Daranyi neuerdings Luftuntersuchungen an, die gleichfalls sehr bedeutsame Ergebnisse lieferten. Nach dem Bericht des Forschers im „Archiv für Hygiene" enthält die Luft nur jene Bakterien in größerer Menge, denen ein große Widerstandskraft eigen ist. Zu diesen Bakterienformen gehören in erster Linie den Heubakterien verwandte, sporentragende Bazillenarten, die in Mengen bis zu 50 Prozent in der Luft enthalten waren. Ferner fanden sich viele fäulniserregende Bakterien, die aus dem Darminhalt von Tieren stammen. Sehr gering erwies sich der Luftgehalt an Kolibazillen, die sogar in der Nähe von Dunggruben nur 1 Prozent aller Luftbakterien ausmachten, was aber wohl daran liegt, daß sie das Eintrocknen an der Luft nicht überstehen. Dagegen findet sich in der Zimmerluft eine andere Bakterienform in großer Menge. Es ist der sogen. Staphylococcus albus, den man am häufigsten in von Menschen bewohnten Räumen und besonders in Schlafzimmern antrifft, während er im Freien seltener vorkommt. Der Grund hierzu liegt darin, daß der Staphylococcus ein ständiger Bewohner der menschlichen Haut ist und sich namentlich in großen Massen in den Ausführungsgängen der Talg- und Schweißdrüsen wie auch in der äußeren Hornschicht aufhält. Schlafzimmerluft enthielt bis zu 98 Prozent Staphylococcen, die übrigens nur in sehr seltenen Fällen als Krankheitserreger in Betracht kommen, freie Luft hingegen nur 18 Prozent. Endlich ergaben die Untersuchungen noch, daß, besonders in höheren Luftschichten, auch gewisse farbstoffbildende Bakterien enthalten sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260215-18/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

Eine ununterbrochene Kette von nichtgehaltenen Versprechungen.

Berlin, 14. Februar.

Zwischen Reichstag und Reichsverkehrsministerium besteht ein scharfer Konflikt, der schon bei den Etatsberatungen im Hauptausschuß lebhaft zum Ausdruck kam. Die gereizte Stimmung äußerte sich am Sonnabend auch in den Debatten im Plenum des Reichstags. Schon der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quaatz als Berichterstatter übte starke Kritik am Reichsverkehrsministerium. Er verwies darauf, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Frachten usw. von 3 Milliarden vor dem Kriege auf 5½ Milliarden im vorigen Jahre gestiegen sei. Allerdings erschöpften sich seine Ausstellungen im wesentlichen in einer Ablehnung der überspannten fiskalischen Tarifpolitik. Gegen die beabsichtigte Automobilsteuer machte der Berichterstatter geltend, daß sie die noch in der Entwicklung stehende Automobilindustrie hindern werde.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schumann wiederholte die Angriffe auf die Lohnpolitik der Reichsbahn, die, entgegen der Wahrheit, die Behauptung aufstellt, daß die Reichsbahnarbeiter bereits höher entlohnt würden als die Arbeiter in der Privatindustrie. **Er warf der Reichsbahnverwaltung vor, daß ihr Verhalten eine ununterbrochene Kette von nichtgehaltenen Versprechungen, Verletzungen von Rechtsgrundsätzen, Rechtlosmachung der Beamten, Entziehung der Pensionsrechte und unsoziale Auslegung der sozialpolitischen Gesetze darstelle.** Das Personal empfinde die Art der Reichsbahnverwaltung als einen schweren Verstoß gegen Treu und Glauben. Hinsichtlich des Ausbaues unserer Wasserstraßen verlangte der sozialdemokratische Redner, daß mehr als bisher geschehen müsse und man nicht allein auf die Rentabilität blicken könne. Leider fand die Rede des Abg. Schumann infolge des Sonnabendnachmittags nur eine geringe Zuhörerschaft.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Rednern des Tages versuchte der Zentrumsabgeordnete Giesberts eine vermittelnde Haltung zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichstag einzunehmen. Er meinte, daß die Kritik doch wohl übertrieben werde, gab allerdings zu, daß die Reichsbahnverwaltung unbedingt ein besseres Verhältnis zu ihrem Personal herstellen müsse.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne griff die vermittelnde Haltung des Zentrumsabgeordneten Giesberts auf und erklärte es für notwendig, daß die scharfen Differenzen zwischen Reichstag und Reichsbahnverwaltung beseitigt würden. Einen Weg dazu konnte man in seiner Rede allerdings noch nicht erblicken, weil er in den Fragen der Personalpolitik und des Schiedsspruches kein Entgegenkommen zeigte. Er entschuldigte sich mit der finanziellen Lage der Reichsbahn, die sehr schlecht sei, im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftskrisis.

Gegen 6 Uhr wurde die Sitzung auf Montag, 1 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über den Reichsverkehrsetat.

Weitere deutschnationale Steueranträge.

Die Agitationskonkurrenz der Kommunisten noch übertroffen.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat eine schöne Bescherung angerichtet. Ob der Zweck seines Programms, durch umfangreiche Steuerermäßigung die Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu beschleunigen, erreicht wird, ist sehr zweifelhaft. Eins aber ist schon sicher, die Parteien sind mit den vorgeschlagenen Steuerermäßigungen keineswegs zufrieden. Es war von Anfang an vorauszusehen, daß diese Vorschläge eine Lawine von Steueranträgen der Reichstagsparteien auslösen mußten. Diese Lawine ist inzwischen ins Rollen gekommen, und zwar durch deutschnationale Anträge. Ueber den deutschnationalen Antrag, der die fast völlige Befreiung der Landwirtschaft von der Einkommensteuer fordert, haben wir bereits berichtet. Inzwischen sind fünf neue Anträge hinzugekommen. Sie fordern:

Bei der Vermögenssteuer: **Ermäßigung des Steuersatzes von 5 auf 3 vom Tausend sowie Verdoppelung der Freigrenzen;** bei der Erbschaftssteuer **Ermäßigung der Steuersätze auf die Hälfte;** bei den Vorauszahlungen auf Einkommen- und Vermögenssteuer am 15. Februar: **Stundung je zur Hälfte; außerdem keine Beitreibung der Steuern aus dem Jahre 1923 mehr und schließlich Beseitigung der Gewerbesteuer und Grundsteuer** und statt dessen Erhebung eines Zuschlags zur Reichsvermögenssteuer durch Länder und Gemeinden. (!)

Diese neuen deutschnationalen Anträge sind nicht weniger bescheiden als der Antrag auf Steuerbefreiung der Landwirtschaft. Sie würden bei der Vermögenssteuer einen **Ausfall von 200 Millionen, bei der Erbschaftssteuer von 30 Millionen, bei den Vorauszahlungen sogar von 150 Millionen jährlich verursachen und bei der Niederschlagung von Rückständen aus 1923 etwa 20 Millionen.** Der Gesamtausfall würde also **jährlich 480 Millionen** betragen, das ist **mehr als ein Viertel der gesamten Besitzbelastung.** Der Antrag auf Einstellung der Beitreibungen für 1923 würde ferner die zahllosen Buchprüfungsverfahren, die zur Aufdeckung von Steuerhinterziehungen schweben, hinfällig machen und er würde obendrein die endgültige Steuerbefreiung der Fürsten herbeiführen, die mit ihren Steuern rückständig sind. Die Erhebung eines Zuschlags zur Reichsvermögenssteuer durch Länder und Gemeinden unter Beseitigung der Realsteuern bezweckt eine weitere Steuerentlastung der Landwirtschaft und der Industrie dadurch, daß auch bewegliches Vermögen zur Landes- und Gemeindebesteuerung herangezogen wird.

Diese Anträge sind ohne jede sachliche Rücksicht rein auf ihre demagogische Wirkung abgestellt. Es sind Anträge in dem Stil, wie sie bisher nur von den Kommunisten eingebracht wurden. Aber die darin offenbarte Demagogie ist noch weit schamloser als die der Kommunisten. Denn mit diesen Anträgen schlagen die Deutschnationalen ihrer eigenen Steuerpolitik ins Gesicht, die sie im vorigen Jahre unter Herrn v. Schlieben betrieben haben. Obgleich sie für die Thesaurierungspolitik des vergangenen Jahres allein verantwortlich sind, wollen sie jetzt eine Politik des schrankenlosen Defizits durchsetzen. Und sie tun das in demselben Augenblick, in dem sie nach außen die Steuerermäßigungspläne Dr. Reinholds kritisieren.

Abstriche bei der Reichswehr.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Sonnabend bei der Verabschiedung des Reichswehretats wesentliche Abstriche an dem allzu kostspielig aufgestellten Haushaltsplan vor. So wurden gestrichen bei dem Kapitel Gefechtsübungen 913 700 Mark, Herbstübungen 200 000 Mk., Geräte und Ausstattung 15 000 Mark, Leibesübungen 75 000 Mk., Unterhaltung der Geräte 400 000 Mark. Bei dem Kapitel Mieten für Kasernen und andere Standortsgebäude wird der Bauunterhaltungsindex von 1,6 auf 1,5 Prozent herabgesetzt. Bei dem Titel Waffen, Munition und Heeresgerät wurde ein Abstrich von 454 700 Mk. vorgenommen. Bei dem Titel Kraftfahrwesen wurden 376 440 Mk. gestrichen, ebenso 600 000 Mk. für An- und Umbauten bei der Kavallerieschule in Hannover. Von den 1,2 Millionen, die für Pferdestallungen der Infanterie vorgesehen waren, strich der Ausschuß 200 000 Mk.; weitere 500 000 Mk. wurden von der Summe für einmalige Instandsetzung der Zeugämter usw. gestrichen. Von angeforderten 800 000 Mk. für Beschaffung von Unteroffiziers- und Mannschaftsschränken strich der Ausschuß 300 000 Mk.; die Summe für Ankauf von 3300 volljährigen Pferden verminderte der Ausschuß um eine halbe Million Mark, die Summe von 1½ Millionen für die Beschaffung von Minenwerfermunition um 300 000 Mk., für Artilleriemunition um 350 000 Mk., für Neubeschaffungen von Truppengewehren um 250 000 Mk. Um eine ganze Million wurde die Summe für die Beschaffung von Artilleriegerät gekürzt, um 442 000 Mk. die für Wiederherstellung und Einlagerung des Heeresgutes aus dem Felde und um 800 000 Mk. der Titel Ergänzungsbauten. Außerdem wurden zahlreiche kleinere Streichungen vorgenommen.

Der Reichswehrminister sprach über dieses Sparverfahren des Ausschusses natürlich sein Bedauern aus. Im Laufe der Aussprache hatte Buchwitz (Soz.) die schlechte Behandlung zur Sprache gebracht, die Behörden denjenigen angedeihen lassen, die Schwarze Waffenlager angeben. In Görlitz hat sich z. B. die Reichswehr nicht gescheut, solche Waffen als ihr gehörig zu bezeichnen, obwohl man sie direkt hatte verkommen lassen. **Der Reichswehrminister mußte u. a. zugeben, daß es sich tatsächlich nicht um Waffen der Reichswehr handelte, obwohl das dortige Kommando in einer Berichtigung an unsere Parteizeitung diese verlogene Behauptung aufgestellt hatte.** Den Kommunisten machte der Reichswehrminister den Vorwurf, daß auch sie im Waffenschmuggel, besonders nach und aus dem Auslande, eine ganz besondere Uebung hätten. Der Reichswehretat wurde schließlich verabschiedet.

Stahlhelm-Kultur.

Braunschweig, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Stahlhelmregierung hat dem ehemaligen Herzog und der Kirche gegenüber immer eine sehr offene Hand gehabt und besonders an die Kirche große Vorschußzahlungen geleistet. **Jetzt ist sie in starke finanzielle Bedrängnis geraten, die man durch einen großen Schulabbau beheben will. (!) So sollen allein in der Stadt Braunschweig Ostern 1926 über 100 Volksschullehrer abgebaut werden.** Das durch die sogenannten Fachminister in den Staatssäckel gerissene Loch ist durch diese Sparmaßnahme aber noch längst nicht gestopft. Unter dem sozialdemokratischen Finanzminister hatte der Staat Braunschweig stets Ueberschüsse aus seinen Einnahmen erzielt.

Das Berliner Stadtverordnetenkollegium beschloß am Donnerstag die Einführung der städtischen Automobilsteuer. Lieferwagen für Lebensmittel und Brennstofftransporte sollen steuerfrei sein.

Wer hat die Großmacht Presse in der Hand?

Das Zeitungskundliche Seminar der hamburgischen Universität hat an der Hand des Zeitungskataloges von Mosse für das Jahr 1296, der insgesamt 3252 Zeitungen aufführt, eine neue interessante Aufstellung der politischen Richtung dieser Zeitungen festgestellt. Hierbei sind Zeitungen, die in mehreren Ausgaben erscheinen und auch die Kopfzeitungen als eine Zeitung gezählt. Bei der Aufstellung ist die Größe des Erscheinungsortes berücksichtigt und danach verteilen sich die Zeitungen wie folgt:

Richtung	Städte bis 20 000 Einwohner	Städte bis 50 000 Einwohner	Städte bis 100 000 Einwohner	Städte üb. 100 000 Einwohner	Summe	Prozent
parteilos						
neutral	1291	121	36	130	1578	48,6
ohne Angabe						
amtlich	148	21	10	18	197	6,1
völkisch	6	—	—	9	15	0,5
deutschnational	52	22	2	9	85	2,6
national	192	58	31	60	341	10,5
rechtsstehend vaterl.						
volksparteilich						
nationalliberal	25	9	10	18	62	1,9
agrarisch						
gewerblich	25	2	2	4	33	1,0
bürgerlich	100	27	7	20	154	4,7
liberal						
mittelparteilich	24	18	3	11	56	1,7
demokratisch						
freisinnig	48	20	11	32	111	3,4
republikanisch						
Zentrum	213	40	18	44	315	9,7
Sozialdemokratie	23	48	36	48	155	4,7
kommunistisch	1	1	6	26	34	1,0
föderalistisch						
Bayr. Volkspartei	82	10	4	8	104	3,2
nat. Minderheiten	2	4	4	2	12	0,4
Summe:	2232	401	180	439	3252	
v. Hundert:	68,8	12,3	5,5	13,4		

Dumas' Schützling.

Der egoistische Dichter, der kein Dummkopf sein wollte.

Aus Anlaß des kürzlich erfolgten Todes der französischen Schauspielerin Céline Chammont, die zu ihrer Zeit eine Berühmtheit war, erinnert „Comédia" an eine Episode aus der Jugendzeit der verstorbenen Schauspielerin. Sie wirkte damals am Pariser Gymnase-Theater, hatte ein kleines Kind von vier Monaten und einen Gatten, der langsam an der Lungenschwindsucht dahinsiechte. Ihre Monatsgage betrug 325 Fr.; dafür mußte sie aber die Kosten ihrer Theatergarderobe bestreiten. Da sie nur in kleinen Rollen auftrat, waren diese Kosten zwar nicht groß, immerhin wollte aber die Schneiderin bezahlt sein, und da sie sich von ihrem Kinde nicht trennen konnte, mußte sie sich auch eine Amme halten. Frau Chammont blieb unter diesen Umständen weiter nichts übrig, als sich einen Nebenverdienst zu suchen. Nach der Vorstellung blieb sie die Nacht über in der Garderobe und arbeitete dort für ein Pariser Geschäft Handarbeiten. Als sie sich eines Tages in das Theater begab, begegnete sie Alexander Dumas, der sie entdeckt und ans Theater gebracht hatte. „Kleine, wie siehst du aus? Bist du krank?" fragte Dumas. „Nein, mein Herr!" erwiderte die Chammont, „ich habe nur beständig Schnupfen, fühle mich immer müde und, wenn ich laut spreche, habe ich Stiche im Rücken." „Das hat weiter nichts zu sagen," beruhigte sie Dumas, „das ist nur Blutarmut und Erschöpfung. Du mußt tüchtig Fleisch essen und Rotwein trinken." Die Schauspielerin lächelte müde und sagte: „Fleisch? Das bleibt für meinen kranken Mann und für die Amme meines Kindes. Und was den Rotwein anbetrifft, so weiß ich seit Jahren nicht mehr, welche Farbe Bordeauxwein hat." Der Dichter empfahl sich wortlos. Am Abend aber sandte er ihr einen Korb mit Bordeauxwein zu, den ein Schreiben folgenden Inhalts begleitete: „Nimm die kleine Gabe und danke mir nicht! Ich habe öffentlich erklärt, daß Du eines Tages mit Deinem Talent die Welt überraschen wirst. Es ist durchaus nötig, daß Du fähig bleibst, meine Weissagungen zu erfüllen. Ich würde ja sonst vor der Welt als Dummkopf dastehen."

Die Technik der zehn Runden.

Zum Boxkampf Paolino-Diener.

Vom Wettkampf Paolino-Diener wird uns noch folgender für Sportfreunde interessante Bericht gegeben:

Das überraschende Ergebnis des Kampfes Paolino-Diener, bildet in Berlin immer noch das Tagesgespräch. Da kein Zweifel an der Reellität des Kampfs zulässig ist, staunt man darüber, wie es einem jungen Boxer wie Diener gelingen konnte, einen solchen schwarzen Fleck in der Rekordliste seines Gegners anzubringen. Zugegeben, daß Paolino eine lange Bahnfahrt hinter sich gehabt, von der man ihm aber, als er breit grinsend den Ring betrat, nicht das allergeringste anmerkte. Für die Strapaze der Reise muß man anderseits Diener zugute halten, daß er, der nur durch Technik sich halten konnte, nur drei Tage Zeit hatte, sich auf den Basken einzustellen, während dieser sich selbstverständlich auch hier wieder ganz auf seine Naturboxerei und auf seine Härte verließ. Um so erfreulicher das Resultat.

Von Anfang an war zu merken, daß Paolino nicht daran dachte, mit Diener etwa „Soldier Jones" zu spielen. Er sah sich vor, besonders da, was sehr geschickt war, Diener in den ersten Runden nach der unteren Partie des Gegners trachtete. In der zweiten Runde legte Paolino schärfer los, und die dritte sah beinahe so aus, als würde für Diener nicht viel mehr übrig bleiben. Er konnte weiter nichts tun, als in Doppeldeckung zu gehen, so oft der Spanier angriff. Ueberhaupt machte Diener von seiner besseren Fußarbeit und seiner größeren Beweglichkeit viel zu wenig Gebrauch. In der vierten Runde kam dann der Umschwung, indem Diener, mit voller Frische losziehend, dem Gegner rechts und links oben hineinlangte und ihn dann bei dem darauf folgenden Schlagwechsel wiederholt hart traf. Das überraschte Haus brach in lauten Beifall aus und begleitete von da an den Kampf mit der größten Spannung. Nach einer ausgeglichenen fünften Runde mußte Diener drei Runden lang die wuchtigen Stöße Paolinos aushalten. Der Baske wurde einigermaßen wütend und pflegt in diesem Zustand auf das Geratewohl zuzustoßen. Solche Schläge müssen erheblich wirken, auch wenn sie auf Seite, Schulter oder Stirn gehen, also regelrecht aufgefangen werden. Descamps' Tip lautet anscheinend beständig: Uppercut! Man merkte doch, daß diesmal in Paolinos Ecke Carpentier fehlte. In der ominösen neunten Runde, in der seinerzeit Breitensträter endgültig niedergeschlagen wurde, besann sich Diener auf seine Fußarbeit und umtanzte mit einem Male den Spanier, der davon so überrascht war, daß er zwei aufeinander folgende Haken einstecken mußte. Damit war das Rennen für Diener eigentlich schon gewonnen, denn bis zum Gongschlag der zehnten und letzten Runde war der Kampf zumindest ausgeglichen. Nun kam die Punktwertung. Die Paolino-Partei hatte sich, ein Novum, einen eigenen spanischen Punktrichter mitgebracht, seine Abrechnung mit dem deutschen Punktrichter und dem Ringrichter fiel so aus, daß das Schiedsgericht den Kampf unentschieden gab. Diener war aber keinesfalls an Punkten im Rückstand, sein Plus reichte nur nicht zum Siegaus.

Der Titel des deutschen Schwergewichtsmeisters ruht zurzeit in den Händen der obersten Boxsportbehörde. Diener wird nicht versäumen, ihn bei nächster Gelegenheit sich zu holen. Er ist seiner durchaus würdig.

Paolino verletzt.

Berlin, 15. Februar. (Radiomeldung.)

Der spanische Schwergewichtsboxmeister Paolino hat sich in seinem Kampfe mit Diener **eine Verletzung der linken Hand** zugezogen, die nach ärztlichem Befund in einem Bluterguß auf dem Handrücken und einem **wahrscheinlichen Anbruch des dritten Mittelhandknochens besteht.** Paolino wird deshalb in den nächsten drei Wochen weder trainieren noch kämpfen. Der Kampf um die Europameisterschaft gegen Erminio (Italien) soll am 15. Mai in Barcelona ausgetragen werden.

Roheitsakt eines Chauffeurs.

Berlin, 15. Februar. (WTB.)

In der Nacht zum Sonntag geriet ein von einem 28jährigen Kaufmann gelenkter Privatwagen in der Friedrichstraße auf den Bürgersteig, erfaßte zwei dort stehende Personen und schleifte sie eine Weile mit sich fort, da der Autolenker zu entkommen suchte. Während sich die eine Person bald wieder befreien konnte, wurde die andere längere Zeit mitgeschleift, bis der Wagen dadurch zum Halten gebracht wurde, daß sich ihm ein anderes Automobil in den Weg stellte. **Das Publikum stürzte sich auf den Wagenlenker und mißhandelte ihn, so daß er zur Rettungsstation gebracht werden mußte.** Auch die Ueberfahrenen erhielten dort Notverbände.

Mutter und Kind durch ausströmende Gase erstickt.

Berlin, 15. Februar. (WTB.)

Ein erschütternder Unglücksfall trug sich in der Nacht zum Sonntag in Buckow zu. Als der Wagenwäscher Kurt Baschin morgens von der Arbeit heimkehrte, strömte ihm starker Gasgeruch entgegen. **Er fand seine 30 Jahre alte Ehefrau und seine beiden Kinder leblos in ihren Betten auf.** Die Feuerwehr stellte Wiederbelebungsversuche an, die bei den Knaben erfolglos blieben. Frau Baschin starb kurz nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus. Es handelt sich um einen Unglücksfall, der Gashahn in der Küche war nur zur Hälfte geschlossen.

Orang-Utan-Jagd in Sumatra.

Englische Blätter wissen aufregende Einzelheiten über eine Jagd zu erzählen, die der berühmte Großwildjäger Mayer kürzlich im Auftrag der Firma Hagenbeck und des Zoologischen Gartens von Perth in Australien auf der Insel Sumatra ausführte. Die Berichte schildern sehr eindringlich die furchtbaren Gefahren, die mit dem Einfangen gewisser Gäste unserer zoologischen Gärten und Menagerien unzertrennlich verbunden sind. Besonders interessant ist, wie aus den Berichten hervorgeht, der Umstand, daß das Einfangen von Orang-Utans keineswegs weniger gefährlicher ist als das von Tigern und Leoparden. Das erhellt aus der Schilderung einer Orang-Utan-Expedition, die Mayer mit dem eingeborenen Großwildjäger Abd ul Rahman unternahm. Das Verfahren, das auf Sumatra bei der Jagd auf Orang-Utans zur Anwendung kommt, ist seit alters her dasselbe und beruht auf langjähriger Ueberlieferung. Die Eingeborenen bauen aus Bambusstäben große Käfige, die sie in den Aesten der Bäume aufstellen, nachdem sie in ihnen Obst und Früchte als Köder niedergelegt haben. Wenn der Affe, angelockt durch die begehrten Leckerbissen, den Käfig betritt, so betätigt er eine Feder, die die Tür des Käfigs schließt. Nun sitzt er in der Falle. Aber der Orang-Utan, der von Haus aus mißtrauisch und scheu ist, geht nicht so leicht auf den Leim. Der Jäger muß daher mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen. Unbedingt nötig ist es vor allem, daß der Köder beständig erneuert wird, denn der Orang-Utan würde es nie über sich bringen, selbst wenn er noch so hungrig ist, ein nicht mehr ganz frisches Stück Obst auch nur zu berühren. Acht Tage nach Eröffnung der Jagd hatte Mayer das Glück, ein prächtiges Affenweibchen mit einem Jungen zu fangen. Die beiden Gefangenen wurden ohne Mühe dem Käfig entnommen und in den Reisekäfig überführt. Bei der Fortsetzung der Jagd aber kam es zu einer Episode, die einen tragischen Ausgang nahm. Bei dem Pürschgang fand ein Malaie zu seiner Freude einen kleinen Orang-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260215-18/fragment/page=0003

Utan, der sich in einem der Fangkäfige gefangen hatte. Freudig kletterte er am Baum in die Höhe, um den Gefangenen zu holen, als ihn plötzlich ein riesiges Orang-Utan-Weibchen angriff und um den Hals umklammerte. Abd ul Rahman, der den Malaien begleitete, riß angesichts der kritischen Situation den Karabiner an die Wange, aber ehe er noch feuern konnte, stürzte von der Höhe des Baumes der männliche Affe herab und biß sich in seiner Kehle fest. Inzwischen kämpfte der Malaie auf dem Baum verzweifelt mit dem Weibchen, und beide stürzten schließlich zu Boden. Während der Malaie dem furchtbaren Gebiß des Weibchens erlag, rang Abd ul Rahman verzweifelt mit dem Männchen. Durch die Schreie der Kämpfenden herbeigerufen, eilten die Mitglieder der Expedition herbei. Mayer, der als erster auf dem Schauplatze der Ereignisse eintraf, schoß die beiden Orang-Utans mit zwei wohlgezielten Revolverschüssen nieder. Der kleine Orang-Utan, um den der Kampf entbrannt war, wurde mit den Leichen der beiden Jäger nach dem Lager überführt. Die Jagd war damit zu Ende, aber zwei Menschen hatten sie mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Streichholzschachtel-Hautentzündung.

Im letzten Jahrzehnt ist den Aerzten ein Krankheitsbild geläufig geworden, das auch für die breitere Oeffentlichkeit von Interesse sein dürfte. Die Kranken, fast ausschließlich Männer, kommen mit Klagen über einen Ausschlag am Oberschenkel und vielfach auch im Gesicht in die Sprechstunde. Der Arzt findet dann ein akut entzündliches Ekzem an der Vorder- und Außenseite des Oberschenkels, dort, wo die Hosentasche aufliegt; außerdem eine Schwellung des Gesichts und eine Entzündung der Augenlider und Bindehäute. Nicht selten hat das Ekzem fast den ganzen Körper ergriffen. Die Ursache dieser seltsamen Erkrankung ist in der Reibfläche der in der Hosentasche getragenen Streichholzschachtel zu suchen, und zwar entwickeln sich aus den in der Reibflächenanstrichmasse enthaltenen Phosphorverbindungen beim Warmwerden am Körper flüchtige Stoffe, die durch die Kleider hindurchdringen und schwere Hautreizungen auszulösen vermögen. Wieweit es sich hier um ganz bestimmte Fabrikate handelt und ob eine besondere Empfindlichkeit der Haut vorliegen muß, damit es zu dieser „Streichholzschachtel-Hautentzündung" kommt, ist noch nicht restlos entschieden.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Der Bezirksvorstand beruft hiermit auf Sonntag, den 28. Februar, vormittags ½10 Uhr, nach Halle, „Volkspark", Burgstraße 27, seine diesjährige Bezirkskonferenz ein. Als

Tagesordnung

ist vorgesehen:

1. Vortrag des Gen. Westphal (Berlin) über das Thema: „Voran zu neuer Arbeit."
2. Bericht der Bezirksleitung über das Jahr 1925. Referent: Genosse Matiba (Zeitz).
3. Stellungnahme zur Reichskonferenz und Wahl der Delegierten.
4. Anträge.
5. Wahl der Bezirksleitung.
6. Verschiedenes.

Anträge zur Konferenz müssen bis zum 15. Februar im Besitz der Bezirksleitung sein. Delegationsberechtigt sind nur die Ortsgruppen, die mit ihren Verpflichtungen (Berichts- und Fragebogen, Pflichtbeiträge bis Februar usw.) der Bezirksleitung gegenüber bis 10. Februar voll und ganz nachgekommen sind.

Nach den Satzungen des Bezirksstatuts entfällt bis zu 30 Mitgliedern ein Delegierter, von 31 bis 60 Mitglieder zwei Delegierte und von 61 bis 100 Mitglieder drei Delegierte. Auf jede weitere 50 Mitglieder ein Delegierter mehr. Entsendet eine Ortsgruppe mehr als einen Delegierten, so ist unbedingt eine Genossin mit zu delegieren. Die gewählten Delegierten sind der Bezirksleitung bis 15. Februar zu melden. Ortsgruppen, die der Bezirksleitung gegenüber ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, haben kein Stimmrecht.

Der Bezirksvorstand. J. A.: Ernst Matiba.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, den 16. Februar.

4 bis 6 Uhr: Musikalische Confetti. 6.30 bis 7 Uhr: Esperanto-Kursus. 7 bis 7.30 Uhr: Prof. Dr. Eduard Siewers: „Wege und Ziele der Schaltanalyse". 7.30 bis 8 Uhr: „Neues aus der Naturwissenschaft". 8.15 Uhr: „Ein Fastnachtsspiel" von Karl Minde. Schluß 12 Uhr. Dazwischen (etwa 9.30 Uhr abends): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Dienstag: 3 bis 3.30 Uhr: „Das Problem der Arbeiterbildung". 3.30 bis 4 Uhr: Schwedisch für Anfänger. 4 bis 4.30 Uhr: „Amtsrechte, insbesondere Besoldung und Ruhegehaltsberechtigung". 4.30 bis 5 Uhr: Die Frau als Erzieherin: „Kindergedichte". 8 Uhr: Große karnevalistische Sitzung. 10.30 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Amateur-Kurzwellen-Sender- und Empfängertag.

Am 20. und 21. Februar werden die deutschen Amateur-Sender ohne Unterbrechung tätig sein und aller halbe Minuten ihren Anruf geben. Dieser Versuch dient zur Feststellung von Reichweite, geographischer, meteorologischer und anderer Einflüsse. Zahlreiche im Gebiet der Kurzwellen bestehende Unklarheiten und bisher rätselhafte Vorgänge sollen damit aufgehellt werden. Dieser großzügige Versuch, wie ihn weder Behörden noch die Industrie, noch wissenschaftliche Institute durchzuführen in der Lage wären, wird wiederum die Bedeutung des Amateursendewesens beweisen.

Wetter-Voransage

Dienstag: Ziemlich heiter, strichweise Morgennebel, trocken, nachts und früh Frostwetter, am Tage angenehm.

Mittwoch: Vielfach heiter, trocken, nachts und früh Frost, tagsüber ziemlich milde, später wolkiger.

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Arbeiterwohlfahrt (Kindergruppe). Dienstag, den 16. Februar, 5 Uhr, „Volkspark": Büchertausch, Lied und Spiel.

SAJ. Heute abend Turnen. Morgen beteiligen wir uns alle an der Protest-Kundgebung im „Volkspark".

Freier Sängerchor Halle

Heute abend 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden": Wichtige Vorstandssitzung, wozu die Stimmenkassierer des Vergnügungs-Ausschusses mit anwesend sein müssen.

Friedenskartell Halle (Friedensgesellschaft). Montag, den 15. Februar, im „Schwarzer Bär": Klubabend. Vortrag Fritz Ferchland: „Brauchen wir eine Friedensbewegung?" Freunde unserer Sache willkommen.

Aus dem Bezirk.

Ammendorf. Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Elstertal": Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen an der Versammlung teilzunehmen. Vortrag über Jugendwohlfahrt und Jugendgericht. Für die Frauen besondere Besprechungen wegen der Arbeiter-Wohlfahrt.

Delitzsch. SAJ. Dienstag, den 16. Februar, in der Mädchenvolksschule: Rezitationsabend.

Holzweißig. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal Kittelmann: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Baum, Volksbegehren und Volksentscheid. 2. Lichtbildervortrag des Genossen Fischer „Das Jahr 184.." Gäste sind willkommen. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (Zimmer 1a): Appell für alle Hamburgfahrer (Reichsbannerkleidung mit Gepäck).

— **4. Abteilung.** Montag, den 15. Februar, abds. 8 Uhr, in der „Robert-Franz-Halle": Funktionärsitzung.

— **2. Abteilung.** Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Kamerad Henkel (Richard-Wagner-Straße 17): Funktionärsitzung.

Kunstgewerbeverein Halle

Vortrag

von Herrn Architekt Martens (Berlin) am Mittwoch, dem 17. Februar 1926, abends 8¼ Uhr, im Vortragssaale der Moritzburg (Eingang v. Burggraben) über **„Keramik in alter und neuer Zeit"** mit Lichtbildern und Ausstellung einiger keramischer Gegenstände.

Der Eintritt ist frei. Gäste sind willkommen. Im Anschluß an den Vortrag wird eine Besprechung stattfinden, zur Gründung einer „Gesellschaft der Freunde der keramischen Kunst".

Halle, den 10. Februar 1926. 965

Der Vorsitzende. Roediger.

Verein für Feuerbestattung für Wittenberg und Umgegend.

(Nicht zu verwechseln mit dem Volksfeuerbestattungsverein)

Oeffentlicher Vortrag

am Mittwoch, dem 17. Februar, in Muths großem Saal, und am Donnerstag, dem 18. Februar im Schützenhaus Kl.-Wittenberg

Herr Lehrer Trompeter (Magdeburg),

Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft deutscher Feuerbestattungsvereine, spricht über:

„Die Vorzüge der Feuerbestattung"

Eintritt frei!

Anmerkung: Die Mitglieder aus Piesteritz-Klein-Wittenberg, die mit der Ablieferung der Vereinsbeiträge an Herrn Sonnenburg (Piesteritz), Am Markt 15, noch im Rückstande sind, werden gebeten, sie umgehend an diesen abzuführen. 967

WALHALLA

Dir. Paul Blüthgen.

8 Uhr Tel. 8385.

Heute, Montag, 15. Februar: Abschieds-Vorstellung von Kassners großer Zauberschau

Ab morgen Dienstag, 16. Febr. Sensations-Gastspiel von Siegmund Breitbart redivivus! Hermann, des Recken rechte Hand, Josef, der Bruder u. Ossy, der Sohn, präsentiert durch Frau Siegm. Breitbart, in den Original-Leistungen, Requisiten, Dekorationen und Kostümen des infolge Berufsunfalls jäh aus dem Leben geschiedenen, in allen Weltteilen berühmten Eisenkönigs. Vom 1. Januar bis 15. Februar: Haupt-Attraktion des Zirkus Busch (Berlin)

Außerdem eine Kette leuchtend. Varieté-Sterne

Irene Freytag-Hildebrandt die beste Opern- u. Koloratursängerin am deutsch. Varieté

Les Graciellas Wunder-Dressur seltener tropischer Prachtvögel.

Iwan Arkoff u. Margret Tolnay Solotänzer der ehem. kgl. Oper Budapest

The Heinz Company equilibristischer Akt „Ein Sommerabend im Park"

La Perle Lichtvisionen i. der Silbergrotte

Des gr. Erfolges halber prolong.: Sibirisch. Männer-Gesangs-Quintett mit neuem Repertoire.

Chambre separée Nr. 6 Faschings-Operette in 1 Akt

Trotz der hohen Unkosten gewöhnliche Preise!

Tageskasse ab 11 Uhr

Allgemeine Ortskrankenkasse Halle a. S.

Bekanntmachung.

Für sämtliche Einzahlungen von Beiträgen (durch Arbeitgeber, freiwillige und unständige Mitglieder), ist die Tageskasse in Zukunft nur noch Montags bis Donnerstags geöffnet (Freitags und Sonnabends geschlossen!). Es wird gebeten, nach Möglichkeit Postscheck- oder Bank-Einzahlungen zu leisten (Postscheckkonto: Leipzig Nr. 12657, Bankkonten: Stadtbank Halle, Landschaftl. Bank der Prov. Sachsen).

Die Beiträge für freiwillige und unständige Mitglieder sind nur in der Zeit vom 1. bis 15. eines jeden Monats (außer Freitags und Sonnabends) für den zuvor abgelaufenen Monat an der Tageskasse einzuzahlen oder gebührenfrei einzusenden. Ab 16. bis Ende jeden Monats findet für diese Mitglieder keine Beitragsannahme statt.

Halle, den 13. Februar 1926. 976

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Kleemann, Vorsitzender.

Familien-Nachrichten

Für die uns beim Hinscheiden unserer unvergeßlichen Tochter

Elisabeth 970

von allen Seiten so überaus reichlich bewiesene Anteilnahme, können wir nur auf diesem Wege unsern tiefgefühltesten Dank aussprechen.

Brachstedt, den 12. Februar 1926

Familie Hermann Dietrich.

Stadt-Theater.

Montag 7½ Uhr: Ein Walzertraum

Dienstag 7½ Uhr: Uraufführung Dona nobis pacem mit den Damen Schwelle und Stimpel. Den Herren Bömer, Henze, Benktander, Kathammer, Roesler. Ende 9½ Uhr.

Mittwoch 7½ Uhr: Fiesco

Schmelzers Höhe, Eichendorffstr. 19

Dienstag, den 16. Febr.: Großes Schlachtefest.

Es ladet freundlichst ein Familie Emmer.

Gewerkschaftshaus

Zur Fastnacht am Dienstag, dem 16. Februar 1926: Große musikalische Unterhaltung.

ff. Bockbier. ff. Pfannkuchen.

Ergebenst laden ein Kurt Banse und Frau

Dienstag blutfrische **Seefische**

Grüne Heringe 23 ₰
grüne Heringe mittelgroße 40 ₰
Feinster blutfr. Kabliau o. K. 40 ₰
Seelachs o. K. 22 ₰
Scholle . . . 70 ₰
Schellfisch o. K. 60 ₰
Austernfischkoteletten Pfund 50 ₰
Täglich frische Räucherwaren
Schleibücklinge
Fett-Bücklinge Pfund 40 ₰
Sprotten Kiste 65 ₰

Karl Pfeiffer Neumarktfischhalle Geiststraße 33 Tel. 6658.

Kauft nur bei unseren Inserenten !!

Sport-Vorhemden Kl. Berlin 2 Stück 70 ₰ 360

Damentaschen Mappen Portemonnaies Rucksäcke

Ia Qualität billig 877

Hugo Krasemann Nur Schmeerstr. 19 Lederwar.-Spezialhaus

Gartenbesitzer!

Ia Apfel-, Birnen-, Kirsch- und Walnußbäume, Edelpflaumen, veredelte Pfirsich u. Aprikosen. Beerenobst, Rosen, Schlingpflanzen, Alleebäume und Ziergehölze. 980

Pflanzenausstellung und Verkaufsstelle am Riebeckplatz, neben C.-T.-Lichtspiele Merseburger Straße. Besichtigung ohne Kaufzwang erbet.

Carl Lieberts Fachgärtnerei — Fernruf 4620 —

Herrn Bäckermeister **Karl Rost** Delitzscher Str. 11 zu seinem 25jährigen Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche!

Modernes Theater Direktion Fery Rosen

Heute, Montag, zum letzten Mal: 2 Braunettis Dir. Ferry Rosen „Banditen!"

Morgen, Dienstag: Erstes Auftreten ?! Tacon !? Größtes Stimmphänomen der Gegenwart u. der große Spielplan.

Nach d. Vorstellg.: Grosser Faschingsrummel! Riebeck Bock u. Münch. Hofbräu.

Tausende Zöpfe

Stück von 3 Mk. an

Alle Ersatzteile billigst. 639

Damen-Kopfwäsche 1,00 mit Ond. 1,50 Mk.

Zopf-Siebert 33 Leipziger Str. 33

Alle Drucksachen liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Gold- und Silberwaren, Trauringe

Oskar Grzimbke Inh. Alfred Koch Goldschmied 626 Landwehrstraße 7.

Werkstatt für Reparaturen u. Neuarbeit.

2 Pfund Fleisch für 48 ₰

1 Pfd. nur 24 ₰, bratfertige Koteletten 38 ₰

Kolossale Fänge unserer Dampfer in **Kabliau** und **Seelachs** ermöglichen uns, diese feinen, zarten, fast grätenlosen Fische zu solch billigen Preisen zu verkaufen. 979

Grüne Heringe . . Pfund nur 17 ₰

Niemand versäume den billigen Einkauf. Ware von bekannter Güte. Durchgeh. v. ½8-7 Uhr geöffnet.

Sie werden schnell bedient, wir sind auf Großbetrieb eingestellt.

Deutsche Dampf-fischerei-Gesellschaft **Nordsee**

Deutschlands größter Fischhandel Gr. Ulrichstr. 58

Grosser Versand nach auswärts

Die Würfel

sind gefallen

Bettfedern kauft man am besten im **Bettfedern-Geschäft!**

Ueber 20 Sorten Bettfedern v. M 1 40 per Pfund an ständig am Lager.

Inlettstoffe in allen Preislagen.

Dampf-Bettfedern-Reinigungs-Maschine neuesten Systems im Betriebe

Betten werden abgeholt u. kostenlos wieder zugestellt. 964

Kress & Co., Halle Pfännerhöhe 4 — Tel. 3332

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Zum Zwecke der **Veranlagung zur Gewerbesteuer** für das Rechnungsjahr 1925 auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Ueberleitung der Gewerbesteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren vom 15. Oktober 1925 werden in den nächsten Tagen Gewerbesteuererklärungs-Formulare den Steuerpflichtigen übersandt.

Abgabetermin der Erklärung ist der 1. März 1926. Bei verspäteter Abgabe der Steuererklärung werden bis 10 v. H. des Steuerbetrages als Zuschlag festgesetzt.

Diejenigen Steuerpflichtigen, denen bis 20. Februar kein Formular zugeht, haben dieses Rathausstraße 19 III, Zimmer 77, abzufordern.

Die Gewerbekapitalssteuer in Halle wird nur veranlagt, aber für das Rechnungsjahr 1925 nicht erhoben. 972

Halle, den 12. Februar 1926.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Steuerbezirk des Stadtkreises Halle.

Anmeldung zur Sammelschule.

Anträge von Eltern, die ihre Kinder von Ostern an einer etwa zu bildenden weltlichen Sammelschule zuführen wollen, sind von beiden Eltern oder den sonstigen Erziehungsberechtigten unterschrieben bis zum 20. Februar bei der Städt. Schulverwaltung, Gr. Märkerstraße 10, einzureichen. Später eingehende Anträge können bei der Schwierigkeit der technischen Durchführung nicht mehr auf Berücksichtigung rechnen. 972

Halle, den 13. Februar 1926.

Der Magistrat (Schulverwaltung).

Helbra

Die **Beiträge der Landfeuersozietät** der Provinz Sachsen für das Jahr 1926 sind während der Kassenstunden bis zum 20. Februar 1926 bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an die hiesige Ortssteuerkasse zu zahlen.

Helbra, den 12. Februar 1926.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260215-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 15. Februar 1926.

Parteinachrichten.

Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1u,

Sitzung des Ortsvorstandes

mit den Bezirksführern und -kassierern.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, in allen Ortsbezirken

Mitgliederversammlungen.

Alle Genossen müssen anwesend sein.

Der Vorstand.

Die weltliche Schule ist da!

Geboten durch die Sachlage hielt am Freitag die „Freie Schulgesellschaft" abermals eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung in der Aula der Klosterschule ab. Einleitend hielt Herr Lehrer Bernhardt einen Vortrag über die Frage: „Was lernen die Kinder der weltlichen Schule?"

Der Redner ging davon aus, daß die Lehrbuchfrage eine große Rolle spiele, da es leider heute noch viele gäbe, die wenig freundlich zur Republik und zur Arbeiterfrage ständen. Dann verbreitete er sich über die einzelnen Unterrichtsfächer, immer den Nachweis führend, daß das bisherige Schulwesen, namentlich in den Städten, Ansätze zu manchem Guten gezeigt habe, daß aber eine endgültige Erlösung von der Gebundenheit aller kirchlichen Dogmen auch die restlose Erlösung der auf Wahrhaftigkeit und Kindesgemäßheit eingestellten neuen Erziehungskunst bedeute. Notwendig sei vor allem die Anerkennung der Arbeiterschaft als des aufstrebenden und nach gleichem Recht fordernden Teiles von Volk und Menschheit. In diesem Sinne ist die weltliche Schule eine Schule des Klassenkampfes. Dieser Kampf erfordert auch, daß die sogenannten Nebenfächer: Turnen, Schreiben, Singen in der weltlichen Schule genau so ernst genommen werden wie die übrigen Fächer, zu denen an Stelle der Religion auf Grund ministerieller Verfügung eine Lebenskunde tritt, die sich aber mit beiden Füßen auf das Diesseits stellt.

An den mit Spannung verfolgten Vortrag schloß sich infolge voller Zustimmung der Zuhörer seine Aussprache an, fordern der Bericht des Vorstandes über die Lage. Aus ihm ging hervor, daß die zahlreich gepflogenen Verhandlungen in den letzten Tagen zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Regierung sowie der Stadtschulrat **der Errichtung von weltlichen Schulen in Halle keine Hindernisse in den Weg legen wollen und ein entsprechendes Gesuch an das Ministerium bereits unterwegs sei.** Allerdings würden die bisher gewünschten Gebäude zwecks Vermeidung von Mißhelligkeiten kaum in Frage kommen. **Gesichert ist die Schule für den Norden, stärkere Werbung hat noch für den den Süden einzusetzen.**

Auch der Bericht löste eine gehobene Stimmung aus, die namentlich einige Angehörige der KPD. veranlaßte, für eine Sonderversammlung im Süden einzutreten. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch, dem 17. Februar, in der Torschule stattfinden. Mit einem Aufruf zu eifriger Weiterarbeit endete die allen Teilen gewinnbringende Versammlung.

*

Die amtliche Aufforderung zur Schulanmeldung.

Im amtlichen Teil des heutigen „Volksblatt" erläßt die städtische Schulverwaltung folgende Aufforderung:

„Anträge von Eltern, die ihre Kinder von Ostern an einer zu bildenden weltlichen Sammelschule zuführen wollen, sind, von beiden Eltern oder den sonstigen Erziehungsberechtigten unterschrieben, bis zum 20. Februar bei der Städtischen Schulverwaltung, Gr. Märkerstr. 10, einzureichen. Später eingehende Anträge können bei der Schwierigkeit der technischen Durchführung nicht mehr auf Berücksichtigung rechnen."

Da bereits etwa sechshundert Kinder bei der „Freien Schulgesellschaft" für die weltliche Schule gemeldet sind, ist trotz aller Hemmungen, die nur in Halle möglich waren, ihre Errichtung noch zu Ostern 1926 gesichert. Anmeldung derjenigen Kinder, die bereits bei der Schulgesellschaft gemeldet sind, braucht nicht wiederholt zu werden.

Reichsbahn und Leistungszulagen.

In letzter Zeit wird in den Zeitungen die Lage der deutschen Reichsbahn ausgiebig erörtert. Auch wird die Stellung der Reichsbahnhauptverwaltung zu dem Reichsbahnpersonal einer Kritik unterzogen. Nachdem nun der Berichterstatter im Verkehrsausschuß des Reichstags u. a. auf einen in Pommern von der Reichsbahnverwaltung veranstalteten Bierabend, der allein die hübsche Summe von 3600 Reichsmark gekostet hätte, hingewiesen und festgestellt hat, daß die Anfertigung eines Waschtisches für leitende Beamte den Betrag von 8000 Mark verursacht habe und die Regierung durch den Verkehrsminister Dr. Krohne erklärte, daß sie auf die Reichsbahnhauptverwaltung dahin gewirkt hätte, die sich aus Annahme des gefällten Schiedsspruches ergebenden Mehrausgaben für Arbeiterlöhne von den Leistungszulagen zu entnehmen, sieht sich der Generaldirektor Dr. Oeser zu einer Verteidigung der von der Hauptverwaltung betriebenen Wirtschaftspolitik genötigt.

Ich will hier nur auf die sogenannten Leistungszulagen etwas näher eingehen und darlegen, was es mit den Leistungszulagen auf sich hat. Herr Dr. Oeser hat geäußert, die Leistungszulagen wirken nach dem Urteil aller sachkundigen Stellen außerordentlich gut und fördern die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn. Es ist ohne weiteres zu glauben, daß die zum Bericht darüber berufenen hohen Herren erklären, die Leistungszulagen haben sich gut bewährt; denn würden sie es nicht tun, dann ginge ihnen ja die gewiß nicht unbeträchtliche Zulage verloren. Ich möchte das Gegenteil behaupten, und zwar aus folgenden Gründen: Diejenigen Beamten, die Leistungszulagen bezogen haben bzw. beziehen, leisten auch nicht einen Harbschlag mehr, als diejenigen, die keine solchen Gelder beziehen. Es ist dieses auch gar nicht möglich, da jeder die Arbeit verrichten muß, die ihm zugewiesen ist, und wenn er das nicht kann, ist er dafür eben nicht fähig. Da nun diejenigen, die Leistungszulagen beziehen, nicht mehr arbeiten als das, was sie leisten können und müssen, so wirkt es bei denjenigen, die keine Leistungszulagen erhalten, verbitternd und hebt keineswegs die Arbeitsfreudigkeit, — wenn man überhaupt noch von einer solchen bei der Reichsbahn sprechen kann.

Ueber die Höhe und Verteilung der Leistungszulage wäre zu sagen, daß auch von einer gerechten Verteilung nicht die Rede sein kann. Die unteren Gruppen (Besoldungsgruppen 2 bis 6) erhielten, soweit sie für Leistungsgelder überhaupt in Frage kamen, Leistungszulagen im Vierteljahr Oktober-Dezember in Höhe von 12 bis 50 Reichsmark. Hiervon werden noch die Steuern in Abzug gebracht. Wer angenommen hat, daß gerade die unteren Gruppen mehr erhalten müßten wie die oberen, der irrt. Ein Rangieraufseher (Gehaltsgruppe 4), der den Dienst eines Rangiermeisters (Gruppe 5) versieht, erhielt 30 Reichsmark, der Rangiermeister 40 Reichsmark, ein Assistent, der sich im Dienst mit einem Sekretär und Obersekretär abplagt, erhielt 30 bis 40 Reichsmark, während der Sekretär 50 Reichsmark erhielt. Wieder einzelne Beamte ein und derselben Kolonne erhielten Leistungsgelder, ein dritter dagegen nicht. So ist es bei den Wagenmeistern und auch bei dem Weichenstellerpersonal. Bei dem Fahrpersonal gibt es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überhaupt nichts, wegen der Nebengebühren, die für Uebernachtung und dergl. gezahlt werden.

Von den meisten der unteren Beamten wird die Leistungszulage bekämpft. Sie würden es lieber sehen, wenn die Leistungsgelder genommen würden, um die Löhne der Arbeiterkollegen aufzubessern, deren wirtschaftliche Notlage sie täglich vor Augen haben. Außerdem schafft die Leistungszulage nur Unzufriedenheit in den Reihen der Beamtenschaft. Es scheint fast, als ob die Verwaltung mit der Verteilung dieser Gelder diese Unzufriedenheit bewußt fördert. R. S.

Das Geheimnis der Spielkarten.

Was für Sorgen unsere reinblütigen Teutschen nicht alles haben. Im Alldeutschen Verband — der seine Vorträge sogar in Räumen der Universität veranstalten darf — unterhält man sich lang und breit über die Merkmale der reinen und verfälschten Rassen und macht dabei die tief betriblliche Feststellung, daß unsere „Edelrassen" einschließlich der arischen — man verhüllte das Haupt — Mischrassen sind. Reine „unverfälschte Edelrassen" sind nur unter den — Eskimos und auf der Insel Ceylon zu finden. Noch lieblicher geht es aber bei der Deutschnationalen Volkspartei zu, deren Gruppe Nordost das neue Arbeitsjahr mit einem „sehr interessanten und lehrreichen" Vortrag des Fräulein Katherine Hertwig über das „Geheimnis der Spielkarten" eröffnete. Fräulein Katherinchen erzählte, daß in den Bildern unserer Spielkarten „ein tiefer Sinn" liege, der aus dem Germanentum übernommen sein soll. Weshalb zu verstehen ist, daß Bierlaufen und Kartenspielen zueinander gehören wie der Max zum Moritz, denn die alten Germanen tranken ja bekanntlich auch „immer noch eins". Es geht eben nichts über die echten alten teutschen Tugenden.

Das gefahrdrohende Gas.

Schon wieder ist ein Unfall, hervorgerufen durch unvorsichtigen Umgang mit Leuchtgas, zu verzeichnen. Am Sonntag in der dritten Nachmittagsstunde wurde der in der Kuhgasse 3 wohnhafte ehemalige Angestellte Joseph Streit infolge Gasvergiftung bewußtlos aufgefunden. Er wurde mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt. Allem Anschein nach liegt ein Unglücksfall, hervorgerufen durch versehentliches Berühren der Zugketten zur Gaslampe, vor.

Die Erwerbslosenspeisung. Nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, daß sich die vom Ortsausschuß des ADGB. eingerichteten Speisungen Erwerbsloser gut einführen werden, so daß deren Beibehaltung gesichert ist. Auch am Sonnabend war eine Zunahme der Teilnehmer zu verzeichnen. Für diejenigen Erwerbslosen, die auch die 30 Pf. täglich nicht aufzubringen vermögen, wird die Gemeinde recht bald Mittel zur Verfügung stellen müssen. Nachfolgend sei der Speisezettel für die kommende Woche bekanntgegeben: Montag: Nudeln mit Rindfleisch, Dienstag: Linsen mit Schweinefleisch, Mittwoch: Goulasch mit Kartoffeln, Donnerstag: Kümmelkartoffeln mit Rindfleisch, Freitag: Weiße Bohnen mit Schweinefleisch, Sonnabend: Königsberger Klops mit Kartoffeln.

Die erkälteten Posaunenengel. Die Bewohner und Passanten des Marktplatzes hatten in jüngster Zeit alltäglich das erbauliche Vergnügen, von den Türmen der Marktkirche zwar nicht die Engel im Himmel singen, so aber doch einige rüstige Musikanten abwechselnd „Lobe den Herren", „Herzlich hab ich dich, o Herr" „Nun ruhen alle Wälder" und „Allein Gott in der Höh' sei Ehr" blasen zu hören. Leider muß dieser ergötzliche Zeitvertreib jetzt eingestellt werden, denn wie ein christliches Blatt bekannt gibt, haben sich „an den Atmungsorganen der Bläser" zwei schwere Erkrankungen eingestellt, so daß die „schöne Sitte" eingestellt werden muß. Hoffentlich stimmen boshafte Menschen nicht jetzt das schöne Liedchen: „Nun danket alle Gott" an. Das wäre wirklich garstig!

Neue Opfer einer alten Unsitte. Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen stürzte am Sonnabendabend eine Verkäuferin in der Boelckestraße so unglücklich hin, daß sie bewußtlos liegen blieb. Die Verunglückte hat anscheinend eine Gehirnerschütterung erlitten und wurde in bewußtlosem Zustande durch die Sanitätskolonne der Klinik zugeführt. — An der Ecke Richard-Wagner-Straße und Große Brunnenstraße stürzte ein 70jähriger Mann aus einem fahrenden Straßenbahnwagen. Er erlitt eine Kopfwunde und wurde nach Anlegung eines Verbandes seinen Angehörigen zugeführt. Nach Angabe eines Augenzeugen hat der Verunglückte versucht, von dem fahrenden Straßenbahnwagen abzuspringen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle weist im Anzeigenteil darauf hin, daß Beiträge an der Tageskasse nur noch Montags bis Donnerstags entgegengenommen werden. Für freiwillige und unständige Mitglieder findet ab 16. bis Ende jeden Monats keine Beitragsannahme statt.

Die Gewerbesteuerpflichtigen werden auf eine im heutigen Anzeigenteile veröffentlichte Bekanntmachung des Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses für den Steuerbezirk des Stadtkreises Halle aufmerksam gemacht.

Besuchsstunden im Stadtkrankenhause. Das Stadtgesundheitsamt gibt bekannt, daß die Besuchsstunde im Stadtkrankenhaus, Abteilung A, in Zukunft Sonntags und Dienstags nachmittags von 4 bis 5 Uhr stattfindet.

Zusammenstöße infolge des Nebels. Am Sonnabend fuhr in der Lauchstädter Straße ein Personenkraftwagen infolge des Nebels gegen einen Bretterzaun, welcher stark beschädigt wurde. Der Personenkraftwagen wurde leicht beschädigt. Während der Kraftwagenführer mit dem Schrecken davonkam, erlitten die beiden Insassen Kopfverletzungen und wurden mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt. — An der Ecke Oppiner-Röthener Straße befindlichen Weiche stießen zwei Straßenbahnwagen zusammen, welche beide leicht beschädigt wurden. Personen sind nicht verletzt worden.

Die Feuerwehr wurde am Sonnabend nach der Gr. Ulrichstraße alarmiert, wo in einer Wohnung ein Petroleumbadeofen infolge Ueberhitzung starken Rauch entwickelt hatte. Die Feuerwehr konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigen.

Auf der Großstadtstraße. Auf dem Marktplatz stieß ein Straßenbahnwagen mit einem Möbelwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt. — Ein mit zwei Pferden bespannter Wagen wurde an der Ecke Liebenauer-Plottwellstraße von einem Personenkraftwagen angefahren. Ein Pferd wurde schwer verletzt und mußte der Pferdeklinik zugeführt werden. — An der Ecke Delitzscher-Freimfelderstraße wurde ein Fuhrwerk von einem rangierenden Straßenbahnwagen angefahren, so daß beide Vorderräder brachen. Personen wurden bei allen Unfällen nicht verletzt.

Film und kleine Bühne.

Walhallatheater. Heute abend findet die letzte Vorstellung der Kaßnerschen Zauberschau statt. Kaßner konnte infolge anderweitiger Verpflichtungen der ihm seitens der Direktion angebotenen Prolongation nicht nachkommen. Gleichzeitig verabschiedet sich Voss-Doo. Morgen, Dienstag, beginnt das gegenwärtig in Berlin im Zirkus Busch Hauptattraktion bildende Sensationsgastspiel Breitbart, des in allen Weltteilen berühmten Eisenkönigs. Hermann, des Recken rechte Hand, Joseph, der Bruder und Osip, der Sohn, präsentiert durch Frau Siegmund Breitbart in den Originalfestungen, Requisiten, Dekorationen und Kostümen, des durch einen Berufsunfall jäh ums Leben gekommenen Eisenkönigs. Außerdem ist eine Auslese erster Varietéterne verpflichtet.

Aus dem Saalkreis.

Können. Konflikt zwischen Magistrat und Erwerbslosen. Der Magistrat hat vor einigen Tagen mit dem Legen von 70 Meter Wasserleitung in der neuen Mühlenstraße, wo die jetzt im Bau befindlichen Häuser kein Wasser haben, begonnen. Wir erkennen das Entgegenkommen gegen die Bauenden an, können aber im einzelnen die bei dieser Gelegenheit ergriffenen Maßnahmen nicht gutheißen. Zur Ausführung der Arbeiten läßt der Magistrat die Erwerbslosen dort ihre Pflichtarbeit verrichten und stellt als Leiter den hiesigen Steinsetzmeister hin. Die Erwerbslosen haben nun daraufhin das Weiterarbeiten unter diesen Verhältnissen abgelehnt, und zwar mit der Begründung, wenn die Stadt die Leitung einem Unternehmer übergibt und auf der anderen Seite den Erwerbslosen 71 Pf. pro Tag anbietet, um dem Unternehmer das Geld zu verdienen, erkennen die Erwerbslosen die Arbeiten nicht als Pflichtarbeit an, sonderr behaupten, daß es sich hier um Notstandsarbeiten handelt, bei denen natürlich tarifmäßige Löhne zu zahlen sind. Infolge Verweigerung dieser Arbeit drohte der Magistrat mit der Sperrung der Erwerbslosenunterstützung. Die Erwerbslosen traten darauf zu einer Versammlung zusammen und entsandten Vertreter zu dem Wohlfahrtsdirektor des Saalkreises, um mit ihm die Sache zu regeln. Dabei ist aber für die Erwerbslosen keine befriedigende Lösung herausgekommen. Der Leiter des Wohlfahrtsamtes steht wie auch der Magistrat auf dem Standpunkt, daß diese Arbeit Pflichtarbeit sei. Dieser Konflikt konnte vermieden werden, wenn der Magistrat die Arbeiten vergeben hätte, um wenigstens für ein paar Tage Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Aber die Einstellung des Magistrats, besonders des hierfür verantwortlichen Dezernenten, ist ja eine entgegengesetzte; er ist überhaupt Gegner der Erwerbslosenunterstützung. Es müßte seitens der Behörden alles vermieden werden, um derartige Streitigkeiten entstehen zu lassen, denn das der Erwerbslosen ist wirklich nicht rosig. Man sollte sich auf unserem Stadthause doch mal ernsthaft mit der Arbeitslosigkeit befassen. Die Zahl von etwa 250 Erwerbslosen ist wohl für unsere Stadt nicht zu gering. Wir erwarten, daß die nächste Stadtverordnetensitzung eine befriedigende Lösung findet.

Wettin. Die Stadtverordnetensitzung am vergangenen Donnerstag wurde von dem stellvertretenden Vorsteher mit der Mitteilung eröffnet, daß der bisherige Vorsteher Genosse Spott sein Mandat als Stadtverordneter aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt habe. Er dankte dem scheidenden Vorsteher namens des Kollegiums für die aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit. Auch wir danken unserem Genossen und sprechen den Wunsch aus, daß er recht bald und gekräftigt wieder die Wettiner Arbeiterschaft auf dem Rathause vertreten möchte. Bei Beratung eines kommunistischen Antrags auf Unterstützung von Erwerbslosen, die von der zu Weihnachten aufgestellten Liste gestrichen worden waren, entrollte der Berichterstatter Stadtv. Wahl wieder ein reizendes Bildchen der Zustände auf unserem Rathaus. Ein Stadtsekretär kann es sich herausnehmen, bei einer Unterredung mit dem Bürgermeister dazwischenzutreten und die hilfesuchenden Bürger in ungebührlicher Art abzufertigen. Es scheint, als ob unser Stadtoberhaupt auch den Rest von Autorität eingebüßt hat. Bei einer Einwohnerzahl von 2854 sind zurzeit 330 männliche und 28 weibliche Erwerbslose vorhanden. Der Magistrat lehnte aus Zuständigkeitsgründen die geforderte Unterstützung ab und die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums schloß sich dem an. Nachdem der Fürsorgeausschuß ergänzt worden war, kam ein Dringlichkeitsantrag der SPD. zur Beratung, ausgestenerten Erwerbslosen Lehrlingen eine Unterstützung zu zahlen. Nachdem der Magistrat anfänglich diesen Antrag abgelehnt hatte, ließ sich das Stadtverordnetenkollegium durch unseren Genossen Meie überzeugen und gab den Antrag an den Magistrat zurück mit dem Ersuchen, für alle bedürftigen ausgesteuerten Erwerbslosen Lehrlinge eine einmalige Unterstützung beim Wohlfahrtsamte zu beantragen. Hierauf kamen noch 13 Anträge zur Verhandlung, deren Dringlichkeit anerkannt wurde. Die tarifliche Entlohnung der städtischen Arbeiter — von denen zwei auf Tariflohn verzichteten (!) — wurde abgelehnt. Zur Pflasterung der Bahnhofstraße wurden 30 000 Mk. bewilligt, wobei teilweise die Erwerbslosenfürsorge mitherangezogen wird. 100 Arbeitslose erhalten dadurch Beschäftigung. In Sachen des Stadtassistenten Müller hat es der Magistrat bei einem Verweis belassen, dem sich das Kollegium anschloß. Die übrigen Anträge waren weniger wichtiger Natur.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Arbeitspapiere.

Der wichtigste und notwendigste Besitz eines Arbeiters sind seine Arbeitspapiere: Steuerkarte, Invalidenkarte, Arbeitsbescheinigung. Wo einer ohne diese Papiere anklopft um Arbeit, wird er abgewiesen, und nicht einmal in das vom Staat unterstützte Heer der Arbeitslosen wird er aufgenommen, wenn er nicht nachweisen kann, wann und wo er gearbeitet hat. Deshalb ist es ein großes Unrecht, einem Arbeiter seine Papiere vorzuenthalten. Und doch kommt es so häufig vor. Vielfach ist es Nachlässigkeit, manchmal Böswilligkeit, oft Unkenntnis der Gesetze.

Ein solcher Fall kam vor dem Gewerbegericht zur Verhandlung. Ein Schlosser wurde von seinem Arbeitgeber, einem kleinen Unternehmer, entlassen. Man verweigerte ihm die Herausgabe seiner Papiere, weil man noch eine Forderung von 7,50 Mk. für angeblich zuviel gezahlten Lohn und Steuern an ihn hatte. Trotz wiederholter Mahnung konnte der Arbeiter, der übrigens die Berechtigung der Forderung bestritt, seine Papiere erst sechs Wochen nach seiner Entlassung erhalten. Inzwischen büßte der Arbeiter infolgedessen eine auswärtige Arbeitsgelegenheit ein, und auch die Erwerbslosenunterstützung wurde ihm nicht bewilligt, da er keine Arbeitsbescheinigung vorzeigen konnte. Der Arbeiter klagte nun die entgangene Erwerbslosenunterstützung und einen Schadenersatz für die entgangene Arbeitsgelegenheit ein. Der Richter machte den Beklagten darauf aufmerksam, daß er in keinem Falle ein Recht habe, die Arbeitspapiere zurückzuhalten; wenn er eine Forderung habe, müsse er sie einklagen. Der Beklagte war in diesem Falle vernünftig genug, sparte sich weitere zwecklose Einwendungen und ging auf einen Vergleich von 70 Mark ein.

Ein Beispiel, das sich mancher Arbeitgeber merken möchte.

Erzieherische Möglichkeiten im Strafrecht.

Der 32jährige Gärtner Kurt Sch. ist ein leichtsinniges Huhn, und seine Eltern und Freunde machen sich um ihn schwere Sorgen. Als er im Winter stellenlos war, half er einem Freunde in dessen Geschäft. Gelegentlich schickte ihn der Freund auch zum Geldkassieren, was er prompt erledigte. Als er aber am 6. November vorigen Jahres von seinem Inkasso nicht zurück war, ging der Freund auf die Suche und er fand den Leichtsinn auch in vollkommen betrunkenem Zustande. Um ihm nun einen heilsamen Schrecken einzujagen, führte ihn der Freund auf die Kriminalpolizei, wo er die Nacht über seinen Rausch ausschlafen und am andern Morgen vernommen werden sollte. Die Absicht, eine Strafanzeige zu erstatten hatte der Geschädigte nicht. Aber die Sache ging weiter und so laß der Justitius denn jetzt auf der Anklagebank vor dem Amtsgericht Halle. Da er wegen leichtsinniger Betrügereien schon Geldstrafen erlitten hat, so verurteilte ihn das Gericht wegen Unterschlagung zu 3 Wochen Gefängnis. Doch wurde ihm eine dreijährige Bewährungsfrist auferlegt, unter der Bedingung, daß er sich der Aufsicht der Gerichtshilfe unterstellt. Hoffentlich wirkt diese Erziehungsmaßnahme bei dem doch schon ziemlich alten Jungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260215-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Sisyphusarbeit.

Es gibt — auch unter unseren Parteigenossen — immer noch Menschen, die der Annahme sind, die kommunistische Presse gebe sich auch nur die geringste Mühe, Vorgänge objektiv zu schildern. Dabei hat doch die Erfahrung gelehrt, daß die kommunistische Presse keine Neigung dazu verspürt, insbesondere dann nicht, wenn ihre Polemik sich gegen die Sozialdemokratische Partei als Ganzes und gegen Sozialdemokraten als Person richtet. Von dieser Gepflogenheit macht auch der in unserem Bezirk erscheinende „Klassenkampf" keine Ausnahme. Dieses Blatt gibt sich die erdenklichste Mühe, die sozialdemokratischen Arbeiter in Gegensatz zu ihren Führern zu bringen. Wo aber diese sozialdemokratischen Arbeiter im engeren Kreise selbst Führer sind, sei es als Partei- oder Gewerkschaftsfunktionär, als Betriebsräte, als Gemeindevertreter oder Stadtverordnete, da werden sie vom „Klassenkampf" ebenso als „Verräter" gebrandmarkt, wie es sonst gewöhnlich gegenüber sozialdemokratischen Abgeordneten, Kommunal- oder Staatsbeamten geschieht. Daran haben wir uns schon längst gewöhnt, und wir erachten es für ganz zwecklos, darauf noch zu reagieren, weil wir wissen, daß die Redaktion des „Klassenkampf" durch „Verantwortliche" gedeckt wird, die durch ihre Immunität als Abgeordnete geschützt sind, und das Blatt infolgedessen es sich leisten kann, auf eine Gemeinheit ein Dutzend neue zu häufen.

Unsere Parteigenossen, die draußen im Lande ihre schwere Pflicht zu erfüllen haben, um die Interessen der Arbeiterklasse mit praktischen Erfolgen zu vertreten, es aber verschmähen, die Politik der großen Schnauze, die von der KPD. beliebt wird, mitzumachen, regen sich noch immer darüber auf, wenn sie im „Klassenkampf" vermöbelt werden. Wir kommen deshalb des öfteren in den Besitz von Zuschriften, die sich gegen die verlogene Berichterstattung des „Klassenkampf" wenden. Abgesehen davon, daß wir gar nicht den Raum zur Verfügung haben, um jede Notiz und jeden Artikel, die im „Klassenkampf" erscheinen, auf ihren wahren Wert hin zu untersuchen, ist auch der Versuch, dieses Blatt zur Wahrheit zu erziehen, ein Versuch am untauglichen Objekt. Es ist im wahrsten Sinne Sisyphusarbeit, weil der „Klassenkampf" und seine Nachbeter einfach nicht zu belehren sind und ihrem Götzen Lenin wenigstens insofern folgen, als sie Lüge, List und Verschlagenheit zu ihren größten Parteitugenden gemacht haben.

Wir bitten unsere Parteigenossen deshalb ein für allemal, sich der Arbeit des Schreibens von Entgegnungen auf Artikel und Berichte des „Klassenkampf" zu enthalten. Alle Genossen, die im „Klassenkampf" angegriffen werden, sollten darin die Bestätigung finden, daß sie recht gehandelt haben; sie sind nur ihrer Partei und ihren Wählern Rechenschaft schuldig. Das Selbstvertrauen zu sich selbst und zu der von ihnen ausgeübten Tätigkeit sollte jedem Parteigenossen die Beruhigung schaffen, daß er der Arbeiterschaft tausendmal mehr dient als diejenigen, die ihn in den Schmutz zu zerren suchen.

Die Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt

im Monat Januar 1926.

Das Landesarbeitsamt berichtet: Die Arbeitsmarktlage verschärfte sich unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und der ungünstigen, wechselvollen Witterung im Monat Januar weiter. Von der Arbeitsmarktkrise wurden besonders betroffen die Metall- und Maschinenindustrie, die Steingut- und Porzellanindustrie und das Süßwaren- und Tabakgewerbe, ferner auch große Teile der Leder- und Bekleidungsindustrie und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes. Das Baugewerbe, die Binnenschiffahrt und sonstige Außenberufe hatten unter den Witterungsverhältnissen zu leiden, doch ergaben sich mit Beginn des milderen Wetters am Ende des Monats bessere Arbeitsmöglichkeiten.

Zu Beginn des Monats Februar belebte sich die Vermittlungstätigkeit in der Landwirtschaft. Die Kali- und Stickstoffindustrie hatte der Jahreszeit entsprechend befriedigenden Absatz. Auch in anderen Industriezweigen waren gewisse Anzeichen einer Belebung unverkennbar. Immerhin wurde der Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise noch nicht erreicht.

Gegenüber dem Vormonat stieg der Neuzugang von Arbeitsuchenden bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen von 62 608 auf 63 763. Der Neuzugang an offenen Stellen stieg von 14 486 auf 17 810, die Zahl der Vermittlungen von 15 398 auf 16 600. Am Schluß des Berichtsmonats waren 119 014 Arbeitsuchende und 1340 offene Stellen vorgemerkt, gegen 85 411 bzw. 1422 am Ende des Vormonats.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen stieg von 72 490 am 1. Januar 1926 auf 104 755 am 1. Februar 1926. Davon entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 37 891 (28 721), Merseburg 35 523 (23 170), Erfurt 20 258 (12 460) und den Freistaat Anhalt 11 083 (8139). Am 1. Februar des Vorjahres wurden an unterstützten Erwerbslosen 36 060 gezählt.

Amtliche Organe im Dienste des Landbundes.

In einer Kleinen Anfrage mehrerer Zentrumsabgeordneter des Preußischen Landtags wurde u. a. ausgeführt, daß im Bezirk der Landwirtschaftskammer Wiesbaden die Umlage von 9 Prozent zu einer außerordentlichen Belastung angewachsen sei. Einen der Hauptgründe hierfür bildet der Umstand, daß das Amtsblatt der Landwirtschaftskammer, das „Nassauer Land", zugleich Organ der Bezirksbauernschaft Nr. Nassau (Landbund) sei und allen zur Landwirtschaftskammer beitragspflichtigen Landwirten auf Kosten der Kammer kostenlos und zwangsweise zugestellt werde. Die Anfrager wiesen besonders darauf hin, daß dieses Blatt mit der politischen Propaganda, die es im Dienst des Landbundes treibe, zum Anlaß dafür werde, daß die Kammer die ihr auferlegte politische Neutralität verletze und für diese einseitige politische Hilfsstellung die gesamten Beitragspflichtigen belaste.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Landwirtschaftsministers entnimmt, ist die Landwirtschaftskammer in Wiesbaden veranlaßt worden, in ihrem Amtsblatt jede Veröffentlichung politischen Inhalts künftig auszuschließen. Die Kostenaufbringung für das Amtsblatt soll für die Folge anders als bisher geregelt werden, so daß eine nicht vertretbare Inanspruchnahme der durch Umlage aller Landwirte des Bezirks aufzubringenden Mittel ausgeschlossen wird.

Laut Vereinbarung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei dürfen zur Durchführung des Volksentscheids

keine Einheitskomitees

gebildet und keine einheitlichen Sammellisten herausgegeben werden.

Sangerhausen. Die Sabotage des Ortsausschusses für Jugendpflege. Seit Jahren beschäftigt man sich in Sangerhausen mit der Einrichtung eines Jugendheims. Mit dem Abrücken der Schupo wurde die Frage akut. Die Stadt stellte schließlich auch die früher von der Schupo belegten Räume des sogenannten „Goldenen Hirsches" zur Verfügung. Langsam, ganz langsam gingen die Arbeiten vorwärts. Vor etwa einem Jahre war die Ausgestaltung soweit gediehen, daß man zur Fertigstellung drängte. Es fehlten jedoch die nötigen Mittel zur Anschaffung des Mobiliars. Ein Antrag an den Bezirksjugendpfleger hatte den erfreulichen Erfolg, daß 2000 Mark zur Verfügung gestellt wurden. Nun stand der schleunigen Fertigstellung und Eröffnung nichts mehr im Wege. Die Herren vom Ortsausschuß für Jugendpflege schienen jedoch Zeit zu haben. Das gemütliche Tempo wurde beibehalten. Man konnte sich des Gedankens nicht erwehren, daß hier von einer gewissen Seite sabotiert wird. Endlich wurde das Heim aber doch fertig. Nun, so hoffte man, wird es schnellstens zur Benutzung freigegeben. Aber weit gefehlt. Es muß erst „geweiht" werden. Nun wartet die Jugend schon monatelang auf den weihevollen Akt, durch den sie in den Besitz des langersehnten Jugendheims kommen soll. Gewisse Leute scheinen aber immer noch kein Interesse an der Eröffnung des Jugendheims zu haben. Das sonderbare Verhalten der Leitung des Ortsausschusses wird aber verständlich, wenn man weiß, daß Herr Jander Vorsitzender ist. Wenn man alle Hände voll zu tun hat, um der Menschheit den „Segen" des Alkohols zu erhalten, dürfte man zu anderen Dingen kaum noch Zeit haben. Wir haben in Sangerhausen eine zum Teil recht sonderbare Jugend, die sich einen noch sonderbareren „Führer" gewählt hat. Dieser Jugend und ihrem „Führer" zuliebe kann aber der es mit seiner Aufgabe ernst nehmende Teil der Jugend nicht länger auf das Jugendheim verzichten. Wir verlangen ganz energisch, daß diesem Skandal von seiten der Stadt ein Ende gemacht wird.

Bitterfeld. Arbeitsmarkt. Der Witterungsumschlag zu Beginn der Berichtswoche hat eine wesentliche Besserung der Lage des Arbeitsmarktes nicht gebracht. Der wieder einsetzende Frost hat nicht nur Veranlassung zur Rücknahme erheblicher Vermittlungsaufträge gegeben, sondern auch die nochmalige Entlassung soeben erst eingestellter Arbeitskräfte herbeigeführt. Die dem Arbeitsamt gegebenen Auskünfte über die Möglichkeit einer Besserung der Wirtschaftslage des hiesigen Industriebezirkes lauten ungünstig. Vereinzelt muß noch mit Entlassungen, voraussichtlich auch mit Einführung der Kurzarbeit in größerem Umfange gerechnet werden. Die Krise hält länger an als im Vorjahr, eine Abschwächung ist vor Mitte oder Ende März nicht zu erwarten. Trotz der erheblichen Abgänge durch Vermittlungen ist die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden gegenüber der Vorwoche nur um 49 auf 1815 zurückgegangen (der höchste Stand war mit 1901 männlichen Arbeitsuchenden Mitte der Berichtswoche erreicht), die der weiblichen ist unverändert 340. Unterstützte Erwerbslose sind vorhanden: 252 (—22) männliche und 24 (—7) weibliche in Stadt Bitterfeld, 1064 (—175) männliche und 92 (wie Vorwoche) weibliche im Kreis, zusammen 1316 männliche und 116 weibliche, insgesamt 1482 (—204) Hauptunterstützungsempfänger mit 1573 (—326) Angehörigen. Ueber den Zeitpunkt der Inangriffnahme beantragter Notstandsarbeiten kann erst nächste Woche berichtet werden.

Eilenburg. Darf ein Stadtarzt einseitigen Interessen dienen? In Eilenburg hatte bekanntlich der Arbeitersamariterbund kürzlich eine Hygieneausstellung veranstaltet, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Bei solchen Ausstellungen spielen naturgemäß auch die Aerzte eine Rolle. Hier wurde nun festgestellt, daß der Stadtarzt Dr. Barben die Eröffnung dieser Ausstellung resp. einen Aufklärungsvortrag zu halten, abgelehnt hat mit der Begründung, daß das „Rote Kreuz", dessen Kolonnenarzt er ist, es ihm untersagt habe. Eine sonderbare Einstellung eines Stadtarztes, der von der Gesamtheit bezahlt wird. Die beiden Arbeiterfraktionen im Stadtparlament sollten bei passender Gelegenheit das Verhalten zur Sprache bringen. Folgende Aerzte haben im Gegensatz zu Herrn Dr. Barben Vorträge in der Ausstellung gehalten: Dr. Hühnichen, Dr. Bischoff und Frau Dr. Menzinger. Alle übrigen Aerzte haben rundweg abgelehnt, in dieser Ausstellung Vorträge zu halten. Leider ist die genannte Aerztin bis heute immer noch nicht bei den Krankenkassen zugelassen worden. Entsprechende Schritte müssen auch hier von den Krankenkassenvertretern unternommen werden.

Eilenburg. Aus der Freidenkerbewegung. In der Jahresgeneralversammlung der Neuen Feuerbestattungskasse sowie der Freidenker wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Eine sogenannte Opposition ist bei uns nicht mehr vorhanden, denn diese hat der Bewegung den Rücken gekehrt und ist zu der Berliner Feuerbestattungskasse übergetreten. Trotz der Austritte ist eine kleine Zunahme der Bewegung zu verzeichnen. Die Freidenkerbewegung hat auch in diesem Jahre einen vorbereitenden Unterricht zur Jugendweihe für die Schulentlassenen übernommen, an welchem von den angemeldeten 88 Kindern 84 teilnehmen. Die Kassenverhältnisse des Ortes sind als sehr gute zu bezeichnen.

Düben. Vom Konsumverein. Als neuer Lagerhalter des Konsumvereins für Düben und Umgebung wurde Genosse Wannewitz gewählt. Es liegt im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung, wenn der Konsumverein immer weiter ausgebaut wird; ihm allein ist es zu danken, wenn der freie Handel gezwungen ist, auch seinerseits endlich die Preise herabzusetzen. Darum Treue um Treue!

Liebenwerda. Bahnhofsveränderung. Die Anzucht der Fortpflanzen in der Umgegend von Liebenwerda nahm in der Nachkriegszeit einen großen Aufschwung. Feld reihte sich an Feld. In den Monaten Februar bis Mai, der Hauptversandzeit, rollte Wagen auf Wagen zum Bahnhof. Lange Reihen stauten sich vor der Güterabfertigung, die infolge Platzmangels den Andrang nicht bewältigen konnte. Auf Drängen der Versender sollte eine Laderampe neu gebaut werden. Jetzt geht diese ihrer Vollendung entgegen. Der Platz für die Rampe ist anscheinend recht unglücklich auf dem beschränkten Raum zwischen Bahnhof und Güterabfertigung gewählt. Die kommende Versandzeit wird zeigen, ob durch den neugeschaffenen, beschränkten Raum eine Besserung eintritt. Leider sind die am Bahnsteig und dem Bowplatze stehenden alten Linden, die wesentlich zur Verschönerung des Bahnhofsbildes beitragen, dem Bau zum Opfer gefallen. Werbente von Falkenberg kommend in Liebenwerda eintrifft und sich des ganz von Grün umgebenen Bahnhofs erinnert, legt sich unwillkürlich die Frage vor: „Wäre es nicht möglich gewesen, die Rampe an der entgegengesetzten Seite der Güterabfertigung herzustellen, damit das Bahnhofsbild in seiner Schönheit weiter bestände?" Wir hegen die Hoffnung, daß die Reichsbahn in Zukunft auf die Naturschönheiten etwas mehr Rücksicht nimmt.

Bockwitz. Ein Rückblick. Aus dem „Rückblick auf die Verwaltung der Gemeinde Bockwitz im Jahre 1925", den Gemeindevorsteher Irrgang verfaßt hat, wird folgendes von allgemeinem Interesse sein: Die Einwohnerzahl ist wesentlich gesunken und bis auf 3671 herumgegangen. Die Ursache liegt in dem Abbruch verschiedener Baracken und in der Entlassung ausländischer Arbeitnehmer. Ebenso war eine Senkung der Schülerzahl an der hiesigen Volksschule zu verzeichnen. Sie betrug am 1. Januar 1925 571 und am 31. Dezember 1925 523. Im Standesamt wurden beurkundet: 147 Geburten, 40 Eheschließungen, 53 Sterbefälle. Angesichts der großen Notlage vieler arbeitsuchenden Menschen, die fast täglich hier zuwandern, um im Arbeitsnachweis vorzusprechen, machte sich die Schaffung von Unterkunftsmöglichkeit notwendig. Schon lange war es die Absicht der Gewerkschaften, hier helfend einzugreifen. Am 1. Oktober 1925 konnte ein „Volkshaus" eine öffentliche Herberge errichtet werden. Zunächst stehen 8 Zimmer mit insgesamt 25 Betten zur Verfügung. Die bereits im Jahre 1924 begonnene Schulspeisung wurde in den ersten drei Monaten des Berichtsjahres fortgesetzt und wird in den nächsten Wochen mit Hilfe von Reichsmitteln wiederaufgenommen. Die in den ersten Wochen des neuen Jahres wiederum vorzunehmende ärztliche Untersuchung der Schulkinder wird gleichzeitig der Auswahl der Teilnehmer an der Schulspeisung dienen. Demnächst soll die Leuchtkammer Straße neu beschüttet und, falls die Anlieger zur Landabtretung bereit sind, ein Fußweg mit Hochbord hergestellt werden. Die Arbeiten, die den Grubensee in ein Freibad verwandeln sollen, sind als Notstandsarbeiten anerkannt worden. Drainschächte und Wasserleitung erfuhren verschiedene Erweiterungen. Durch Aufnahme einer Auslandsanleihe von 15 000 Mk. soll den Wünschen verschiedener Stromabnehmer auf Verbesserung der Stromzuführung dadurch Rechnung getragen werden, daß sämtliche noch vorhandenen Eisendrahtleitungen entfernt und durch Kupferleitungen ersetzt werden sollen. Der schon seit Jahren geplante Bau einer Leichenhalle wird nun ernstlich gefördert. Ein neuer Entwurf ist bereits in Bearbeitung und sieht die erforderlichen Räume vor. Dabei wird gleichzeitig die Frage wegen Anlegung eines besonderen Urnenhaines auf dem Friedhofe gelöst werden.

Brigitta.

Ein Roman aus den Bergen von Wolfgang Kemter.

Copyright by Greiner und Comp., Berlin W.

13 (Nachdruck verboten.)

So dachte und beschloß Lukas Leukner, während er innerlich immer noch vor Wut über das hoshafte Frauenzimmer, das ein widriges Geschick gerade ihm zur nächsten Nachbarin gemacht hatte, zitterte.

„A Donnerwetter, sollt di D . . . . . hätten mitsamt der Hexe treffen," murrte Lukas Leukner menschenfreundlich, während er böse Blicke nach der verwahrlosten Stätte warf, die freilich einen elenden und erbärmlichen Eindruck machte.

Gleich nach dem Mittagessen rief Lukas Leukner seinen Sohn in das Wohnzimmer

„Bartl," begann er, „i hätt a paar Wort mit dir zu reden. Du kommst in die Jahr, und es wird bald Zeit, daß du ans Heiraten denkst. Meinen und Mutters Segen hast."

„I soll heiraten?" rief Bartl erstaunt.

„Warum nit?" Müßt do nit länger warten. Dös schönst Mädel im Dorf möcht grad nur, daß der Bartl Leukner a Wörtl redt. Das schönst und oans von die reichsten Mädel."

„Dös wartet auf mi?" erstaunte sich Bartl aufs neue.

„Auf koan andern Wirst scho wissen, wen i mein. Der Blachfellner und i haben's gestern beredt. Er ist einverstanden, und i bin's a. Dö Lies is a feins und a strammes Mädel, paßt für di wie ausgesucht. Gern sieht sie di a, und i glaub, da wirst wohl nix dagegen haben."

„Vater," begann Bartl ausweichend, „i hab bei dö heutigen Zeiten nit ans Heiraten denkt, dös hat wohl no Zeit."

Bartl war sichtlich in Verlegenheit, er war es eben nicht gewöhnt, die Wahrheit nicht zu sagen, und das hatte er mit seinen letzten Worten getan. Aber er hielt es nicht für klug, jetzt, in dieser Stunde mit seinen Zukunftspläne herauszurücken.

„I hab dir scho gesagt, dö Zeit tut dir nix. Kannst dahoam sein, viel andere heiraten, die am nächsten Tage schon wieder ins Ungewisse hinaus müssen. Und die Lies ist dir scho recht?" fragte Lukas Leukner mit einem scharfen Blick auf seinen Sohn, der am Fenster stand.

„Offen gestanden," antwortete Bartl zögernd, „darüber hab i no nit nachdenkt."

„Möcht wissen, was es da zum Nachdenken gibt. Die Lies ist a prächtiges Mädel, so oans gibt's nit alle Tag."

„Aber i sollt sie do a a bissele gern haben," meinte Bartl.

„Dös kommt scho," meinte Lukas Leukner, „hab mir koa Angst vor dem Gernhaben. Du wirst da nit aus Holz oder Stein sein. Die Lies, Sackerlot, d möcht i wieder jung sein. Also, gehst zur Stubet, Bartl, dem Blachfellner und mir wär's recht, wenn's bald zum Verspruch kämet."

Da trat Bartl zwei Schritte vom Fenster weg gegen seinen Vater zu und sprach langsam, aber fest: „Dös mußt nit von mir verlangen, Vater, i kann nit."

Lukas Leukner aber trat vor Staunen einen Schritt zurück.

„Du kannst nit?" fragte er, als ob er nicht recht gehört hätte. Dabei stieg schon langsam eine dunkle Röte in sein Gesicht, indes er beherrschte sich noch gewaltsam. „Du kannst nit? Warum, wenn i fragen darf?"

„Weil i die Lies nit gern hab."

„Nur darum?"

„Ist eh g'nug. Ohne dös heirat i nit."

„So, so, und i sag dir, du heiratest die Blachfellner Lies und koa andere."

Bartl war aus demselben Holze wie sein Vater. Hatte er auch viel von seiner Mutter geerbt, in einem waren sich beide gleich. Auch in Bartl stieg es schon fieberheiß auf, jedoch auch er bezwang sich.

„Vater," sprach er, und der Ton seiner Stimme glich einem dumpfen Grollen. „Du sprichst mit koam Schulbuben."

„Nimm di in acht," schrie der Leukner, „wissen will i, warum du die Lies nit magst."

„Habs dir eh scho gesagt, und dann, Vater, du weißt a, was über die Lies und den fremden Inschenier gesprochen worden ist."

Lukas Leukner lachte verächtlich.

„Die Dorftratschen haben schon manchem Ehr und guten Namen nehmen wollen. Aufhängen sollt ma die Bagasche. Aber koa rechter Mann redt so was nach."

„Es habens nit nur die Dorftratschen gesagt, ganz Schönwald hat drüber gesprochen," verteidigte sich Bartl.

Lukas Leukner trat jetzt, ohne auf die letzten Worte etwas zu erwidern, nahe an Bartl heran und sprach: „Du, sollt mir wirklich a ganz anderer Grund schuld sein? I hab was läuten g'hört, hab freilich nit glauben wollen, daß du solche Dummheiten im Kopf hast, daß du nur im Schlaf an so was denkst, Bartl, ist's wirklich wahr, steht dein Sinn nach dem Windegg?"

Bartl wurde dunkelrot. Er war maßlos überrascht und wußte für den Augenblick kein Wort zu erwidern.

Der alte Leukner erkannte die Wirkung seiner Worte sofort. Mit schneidender Stimme rief er: „Also, wahr ist's? Buv, hast du deinen Verstand verloren?"

Da richtete sich aber auch Bartl auf.

Aug in Aug standen sich Vater und Sohn gegenüber. Dieselben kernigen, trotzigen Gestalten, dieselben Augen, in denen es jetzt metallisch glänzte, hart und kühl. Eiserne Köpfe, von denen keiner das Nachgeben kannte.

„Vater," sprach Bartl jetzt, äußerlich ganz ruhig, „du weißt das schon. Gut. Müßt nit glauben, daß i die Sach lang heimlich gehalten hät. Aber die Brigitta und i sind selber erst einig worden. Es ist wahr, i will die Brigitta von Windegg heiraten, und zwar so bald wie möglich."

„Bartl, dös sagst du mir so, als ob i nix dreinz'reden hätt?"

„I müßt nit, was es in der Sach dreinz'reden gäb."

Oho, Herr Sohn, nur nit so hoch hinaus. Heit bin i no Meister auf dem Leukernhof, und wenn a Bub solche Dummheiten im Kopf hat, nachher ist's gut, wenn der Vater der G'scheitere ist und weiter denkt. Du bist der Erbe vom Leukernhof und möchtest so a kleine Einödbäuerin zum Weib, die fast älter ist wie du, die Witwe eines Trumdsenbodles, Bartl, hast nit a bissel Stolz, wo denkst denn hin?"

„Vater, nit weiter in dem Ton. I vertrag ihn nit. Ueber die Brigitta laß i nix kommen, a von dir nit. Daß sie scho amal verheiratet ist gewesen und unglücklich a, dös ist koa Verbrechen und koa Schand. Sonst, dös weißt du, ist die Brigitta a ehrenhaftes Frauenzimmer, koa Mensch kann ihr was nachsagen."

„Aber für den Bartl Leukner paßt sie nit, dös ist der hellste Unsinn. A Witwe, die was scho an halberwachsenen Buben hat, zum Lachen ist's. Dös schlag dir aus dem Kopf, dazu gib i mei Einwilligung nie. Nie, hast mi. verstanden?"

„Vater, dös tät mir leid," sprach Bartl ruhig.

„Was soll dös heißen? Der Blachfellner hat mein Wort, du und die Lies, ihr werdet a Paar. Dös ist was anderes wie die Einödhoferin."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260215-18/fragment/page=0006

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 15. Februar 1926.

Neuprojektierte Autolinie Merseburg—Weißenfels. Die hiesige Firma Engel hat die Genehmigung für den Betrieb einer neuen Autolinie Merseburg—Atzendorf—Geusa—Frankleben—Kayna—Braunsdorf—Bedra—Leiha—Roßbach—Lunstedt—Nahlendorf—Reichardtswerben—Tagewerben—Markwerben—Weißenfels beantragt.

Fleischbeschau für Hausschlachtungen. Auf Grund der Regierungspolizeiverordnung vom 24. Dezember 1925 unterliegen jetzt auch das Rindvieh im Alter bis zu drei Monaten, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde und Hunde, die für den Privatbedarf geschlachtet werden, vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften können mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haft bestraft werden. Im hiesigen Stadtbezirk wird die Fleischbeschau bei Hausschlachtungen durch die Herren Tierärzte Dr. Herfurth und Günther, hier, ausgeführt. Die Stadt ist in zwei Bezirke eingeteilt. Für den 1. Bezirk ist Tierarzt Dr. Herfurth, Teichstr. 3/5, für den 2. Bezirk Tierarzt Günther, Preußerstr. 20, zuständig. Die Tierbesitzer werden darauf hingewiesen, daß sie die Schlachtungen zwei Tage vorher bei dem Tierarzt ihres Bezirkes in dessen Wohnung anzumelden haben. Die Anmeldung zur Trichinenschau erfolgt nach wie vor im Fleischbeschauamte, Mühlstraße. Für die tierärztliche Untersuchung ist eine Gebühr zu zahlen, die zum Beispiel für ein Schwein 1 Mark beträgt.

Freilegung von alten Begräbnisstätten. Bei Planierungsarbeiten in der Blanckestraße wurden an mehreren Stellen Menschenknochen und -schädel freigelegt. Vorläufig nimmt man an, daß es sich um Kriegergräber handelt, da Merseburg in vergangenen Zeiten sehr oft in dem Bereich der Streitigkeiten unter den deutschen Fürsten lag.

Lützen. Explosion eines Kraftwagenmotors. Auf der Straße nach Zöllschen ging ein Lützener Kraftwagen durch die Explosion des Motors in Flammen auf.

Schotterey. Unfall. Hier fiel eine alte Frau beim Milchholen so unglücklich, daß sie einen Beinbruch erlitt. Passanten fanden die Frau hilflos auf der Straße und sorgten für die notwendige Hilfe.

Schkeuditz. Autounfall. Um einen Zusammenstoß mit der Außenbahn zu vermeiden (es herrschte dichter Nebel), fuhr ein Autolenker mit seinem Wagen auf der Alten Straße in den Straßengraben. Es gelang nur schwer, den Wagen wieder flott zu machen.

Querfurt. Freitod. Hier erschoß sich ein Landwirt nach Zwistigkeiten in der Familie.

Braunsdorf. Seit dem Bestehen der Bergmanns-Siedlungshäuser führt die Werksdirektion Pfännerhall einen systematischen Kampf gegen die Siedler. Obwohl die Werksdirektion in Siedlungsfragen nichts zu bestimmen hat, steckt sie doch ihre Nase überall hinein. Sie händigte sogar einem Untermieter, einem Stahlhelmmann, der von einem Gesinnungsgenossen in eine Wohnung aufgenommen war, einen Mietvertrag aus, und sonderbarerweise hat die Geschäftsführung der Siedlungsgesellschaft die Maßnahmen der Werksdirektion gutgeheißen und den Aftermieter als rechtmäßigen Mieter anerkannt. Einem anderen Mieter bietet sie einen Wohnungstausch nach Groß-Kayna an, obwohl dieser schriftlich erklärte, daß er nicht tauschlustig ist. Darauf erklärte die Geschäftsleitung den Fall als erledigt und rügte die Maßnahmen der Werksleitung, weil diese so weit gegangen war und dem Siedlungsbewohner mit Räumungsklage gedroht hatte. Solche und ähnliche Dinge spielen sich des öfteren ab. Die Werksdirektion sollte sich lieber um betriebliche Angelegenheiten kümmern, damit nicht so viel Unfälle und dergleichen vorkommen. Denn gerade Pfännerhall hat sich, seitdem keine Betriebsvertretung mehr besteht, in dieser Beziehung ganz besonders ausgezeichnet.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 15. Februar 1926.

Bezirkssängertag.

Am Sonntag, dem 7. Februar, hatten sich die im Bezirk Mansfeld zusammengeschlossenen Arbeitersängerchöre im Bürgergarten eingefunden, um wichtige Angelegenheiten zu erledigen. Schon die Zahl der erschienenen Vertreter zeigte, daß auch in den Mansfelder Landen die Arbeitersängerbewegung festen Fuß gefaßt hat. Aus dem Tätigkeitsbericht des Bezirksvorsitzenden Liebert war zu entnehmen, daß bedauerlicherweise auch ein kleiner Rückgang in der Zahl der angeschlossenen Chöre zu verzeichnen ist. Die Ursachen sind verschiedenartige. Einmal ist die gerade in diesem Bezirk stark vorherrschende Arbeitslosigkeit mit ihren unheilvollen Nachwirkungen auch an der Sängerbewegung nicht spurlos vorübergegangen und hat manchen Chor zum Schweigen gebracht. Dann hat aber auch die fieberhafte Tätigkeit der bürgerlichen Sängerbewegung einige kleine Chöre an sich gerissen, und zum dritten spielt die Gleichgültigkeit und Denkfaulheit weiter Kreise organisierter Arbeiter eine Rolle. Vereinsmeierei und „Liedertafelei" verwirren noch immer Klassenangehörige.

Der Bericht des Kassierers brachte unter Berücksichtigung des Mitgliederstandes ein erfreuliches Ergebnis, welches noch weit besser ausgefallen wäre, wenn alle Vereine auch in dieser Beziehung ihren Verpflichtungen gegenüber der Bezirksleitung nachgekommen wären.

An der nunmehr folgenden Aussprache beteiligten sich fast die gesamten Vertreter der Chöre. Zum Teil wurde Kritik an der Tätigkeit der Bezirksleitung geübt. Daneben spielte auch der Beitrag zu dem Pfingsten stattfindenden Gausängerfest eine Rolle. Bei dieser Gelegenheit ergriff auch der als Gast anwesende Vertreter des Gaues das Wort, um in längeren Ausführungen auf die Bedeutung des Gaufestes einzugehen.

Die nunmehr vorgenommene Wahl der Bezirksleitung ergab die Wiederwahl der bisher tätigen Mitglieder. Nur bei Besetzung des Schriftführerpostens trat eine Aenderung ein, indem der Sangesbruder Kohl (Eisleben) gewählt wurde. Zum Schluß wurde eine Resolution bezüglich der Fürstenabfindung einstimmig angenommen.

Hettstedt. Nachklänge vom Kreistage. Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft „Mansfelder Land" in Eisleben war in der Kreistagssitzung vom 28. Januar Gegenstand berechtigter Angriffe. Vornehmlich wurde die Gesellschaft angeklagt, vorzugsweise auswärtige und obendrein „Duesterberger" beschäftigt zu haben, während andere Bauarbeiter des Gebirgskreises, die Sozialdemokraten sind, ebenso vorzugsweise erwerbslos blieben. Der Bauführer, Herr Erich Oeltze, hat nun in den hiesigen Zeitungen durch ein „Eingesandt" die Anklage zu entkräften versucht, gelungen ist ihm dabei in Wirklichkeit eine Bestätigung derselben. Demgegenüber glauben wir sehr gern, daß zurzeit (!) Leute aus anderen Kreisen nicht in Lohn stehen und jetzt (!) nur tüchtige Arbeiter aus dem Kreise beschäftigt werden. Demnach haben also vor der — jetzigen Zeit — d. h. in der Vergangenheit, doch „Stahlhelmer" Vorzüge gehabt. Diese Spiegelfechterei konnte man sich wirklich ersparen. Den Geschmack an Unternehmergelüsten bei gemeinnützigen Unternehmen werden unsere Genossen in Zukunft noch mehr durch notwendige Beigaben von bitterem Salz an die Suppe zu begegnen haben.

Hettstedt Schwerer Unfall. Der bei einem hiesigen Zimmermeister beschäftigte Lehrling Walter Meier stürzte Donnerstag morgen kurz nach 7 Uhr auf der Gottesbelohnungshütte 15 Meter hoch vom Gerüst ab. Er erlitt schwere Verletzungen, u. a. Schädelbruch und Beckenquetschungen, und wurde besinnungslos in das hiesige Knappschaftskrankenhaus überführt.

Wippra. Aus Angst wahnsinnig geworden. In einem plötzlichen Anfall geistiger Umnachtung schnitt sich die Frau des Arbeiters Herold die Kehle und die Pulsadern durch. Frau Herold war schon seit längerer Zeit durch die Angst, daß ihr Mann arbeitslos werden könnte, nervenleidend.

Gewerkschaftliches.

Her mit den Arbeiterschutzgesetzen!

Aus allen Tarifvertragskündigungen der letzten Zeit und den dabei bekannt gewordenen neuen Tarifvertragsentwürfen der Unternehmer geht ganz klar hervor, daß es im Laufe dieses Jahres bei der Regelung der künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu scharfen Auseinandersetzungen kommen muß. Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung — das ist das ewige Einerlei der Unternehmerweisheit. Obwohl die Preisabbauaktion bis zur Stunde noch immer nicht über den toten Punkt hinausgekommen ist, wird der Lohnabbau im Unternehmerlager bereits als eine Selbstverständlichkeit betrachten. Die Lohnabbau-Propagandisten sind es auch, die in gewissen Abständen immer wieder die Gerüchte über einen Abbau der Beamtengehälter bis zu 20 Prozent ausstreuen. Diesen Gehälterabbau hat der Reichsfinanzminister mit allem Nachdruck abgelehnt. Immerhin wird das für die Scharfmacher im Unternehmerlager nur ein Ansporn sein, nun erst recht mit aller Energie den Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung, die Einschränkung der Rechte der Betriebsräte, kurz die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie zu erzwingen. Alles, was unter dem Druck der Arbeitslosigkeit an Verschlechterungen in der Praxis an vielen Stellen bereits verwirklicht ist, soll in den kommenden Tarifverträgen bindend festgelegt werden.

Unter diesen Umständen gewinnt die neue Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie vom Reichsarbeitsministerium vorbereitet worden ist, besondere Bedeutung. Bei der drohenden Gefahr der allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die neuen Tarifverträge kann es nichts Wichtigeres geben als rasche Verabschiedung der neuen Arbeiterschutzgesetze, vor allem des neuen Arbeitszeitgesetzes; denn das neue Arbeitszeitgesetz bringt, wie wir hören, gerade im Gegensatz zu dem bisherigen Zustand schärfere Bindungen in der Arbeitszeitfrage zugunsten des Arbeiters.

Der neue Arbeitszeit-Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums ist fertig; wenn es jedoch nach der üblichen Methode geht, dann wird das Gesetz frühestens mit dem Beginn des Jahres 1927 in Kraft treten. Muß das sein? Das Gesetz wird im Laufe des Februar und März mit den Ressorts der Reichsregierung und mit den Ländern durchberaten werden. Warum danach noch fast ein ganzes Jahr bis zur Verabschiedung des Gesetzes verstreichen soll, ist einfach nicht zu verstehen. Bei der Bedeutung der Vorlage für die deutsche Arbeiterschaft wäre ein schnelleres Tempo in den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften sehr angebracht. Jedenfalls sollte die organisierte Arbeiterschaft mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß so schnell wie möglich in der Arbeiterschutzfrage eine feste gesetzliche Grundlage und damit ein Damm gegenüber den Unternehmer-Scharfmachern aufgerichtet wird, die, unterstützt durch den Druck der Arbeitslosigkeit, scharfe Verschlechterungen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen erpressen wollen.

Das Spiel mit dem Feuer.

Die Politik der Reichsbahngesellschaft, die eigentlich alle Veranlassung hat, kein Oel ins Feuer zu gießen, nimmt allmählich provokatorische Formen an. Wenn ausgerechnet in diesen Tagen der Hochspannung im Lohnkonflikt ein Mann wie Staatssekretär Stieler, der dem Direktorium der Reichsbahngesellschaft angehört, eine Rede hält, die förmlich von Herausforderungen gegenüber den Organisationen und dem Reichstag strotzt, dann ist das nicht von ungefähr und kein Zufall, sondern ein wohlüberlegter Vorstoß. Die Reichsbahngesellschaft, das zeigt die Stuttgarter Rede des Herrn Stieler mit aller Deutlichkeit, geht aufs Ganze. Sie will los von jeder Kontrolle durch Regierung und Parlament, los von der Gehaltsordnung des Reiches, los von der Schlichtungsordnung, los von allen gesetzlichen Bindungen und Bestimmungen. Es ist eine Dreistigkeit ohnegleichen, daß ein namhafter Vertreter der Reichsbahngesellschaft auf einmal entgegen den bisherigen Erklärungen feststellt, daß die Mehrausgabe von 11 Millionen von der Reichsbahn wohl aufgebracht werden kann, aber ihre Bewilligung abzulehnen sei, weil die Löhne der Reichsbahnarbeiter bereits höher sein sollen als die entsprechenden Industrielöhne. Herr Stieler läßt die Katze aus dem Sack. Er zeigt mit brutaler Offenherzigkeit, daß die Reichsbahngesellschaft sich nur als Werkzeug der Industriegewaltigen fühlt, die die Eisenbahnarbeiterlöhne als Druckmittel gegenüber den Industriearbeiterlöhnen benutzen wollen.

Es ist Zeit, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft zur Ordnung gerufen wird. Aus diesem Grunde muß vor allem die öffentliche Meinung, vor der allein noch die Reichsbahngesellschaft Respekt zu haben scheint, aufgerüttelt werden. Das ist auch die Auffassung der Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dessen Vorsitzender, Genosse Scheffel, am Donnerstagnachmittag vor einem Teil der Berliner Presse ein Bild über den Lohnkonflikt gab, und dabei mit allem Nachdruck auf die drohende Explosion hinwies, die eines Tages bei der Halsstarrigkeit des Verwaltungsrates im Deutschen Reichsbahnbetrieb totsicher ausbrechen muß. Scheffel ist der festen Ueberzeugung, daß die Reichsbahn in der jetzt angestrengten Klage der Organisation kostenpflichtig verurteilt wird. Aber er gibt sich darüber keiner Hoffnung hin, daß die Reichsbahngesellschaft den Konflikt auf die Spitze treibt.

Zweifellos wird bei einem Großstreik im Reichsbahnbetrieb die Bevölkerung hart mitgenommen werden. Ein solcher Streik wäre für die Wirtschaft, die noch mitten in der Krise steckt, ein fürchterlicher Schlag. Um so notwendiger ist es, daß die Oeffentlichkeit die Situation ganz klar sieht und auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht wird, damit sie Reichsregierung und Parlament zwingt, den gordischen Knoten endlich zu durchhauen. Der Reichsbahngesellschaft muß, sobald die Klage ausgetragen ist, vom Reich aus kurz und bündig gesagt werden, was sie zu tun und zu lassen hat.

Zur Tariflage im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, haben die am Sonnabend geführten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeitserklärung des am 3. Februar 1926 gefällten Schiedsspruches zu keiner Einigung geführt. Seitens einiger Angestelltenverbände liegt der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des zuletzt gefällten Schiedsspruches vor, während Reichsverband der Bankleitungen und Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten, beide natürlich aus entgegengesetzten Gesichtspunkten heraus, sich gegen die Verbindlichkeitserklärung aussprachen.

Es ist also in Bälde mit einer Entscheidung des Arbeitsministeriums zu rechnen.

Ende des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

Aus Amerika wird gemeldet, daß der viele Wochen andauernde Streik im Anthrazitbergbau jetzt durch Vermittlung des Präsidenten Coolidge beigelegt worden ist. Die Löhne des gegenwärtigen Tarifs sollen fünf Jahre beibehalten werden, und zwar mit der Maßgabe, daß neue Verhandlungen nur eröffnet werden sollen, wenn sie von beiden Parteien gewünscht werden.

Bergarbeiterstreik in Polen.

Um den Achtstundentag.

Warschau, 13. Februar. (Radiomeldung.)

Im Dombrowaer Kohlenrevier ist am Freitagvormittag ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, an dem bis jetzt 26000 Bergleute beteiligt sind. An der Spitze der Streikbewegung steht ein Komitee, in dem alle Bergarbeiterorganisationen vertreten sind. In den am gestrigen Nachmittag abgehaltenen Streikversammlungen wurden Entschließungen angenommen, in denen mit dem Generalstreik gedroht wird, wenn die Industriellen sich nicht entschließen, die Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages zu annullieren. Vorläufig wird noch versucht, die Bergarbeiterverbände Polnisch-Oberschlesiens zum Eintritt in einen Sympathiestreik zu bewegen. Die Regierung hat bereits eine Vermittelungsaktion eingeleitet, während die Industriellen vorläufig noch ein Entgegenkommen an die Arbeiter ablehnen.

Jahresversammlung des Zentralverbandes der Angestellten.

Nach der Neuwahl der Vertreter fand am Freitagabend im Gewerkschaftshaus eine Vertreterversammlung des Zentralverbandes der Angestellten statt, die den Jahresbericht entgegennahm und den Vorstand neu wählte. Aus den Darlegungen des Geschäftsführers Deininger, der den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr erstattete, ging hervor, daß die Mitgliederzahl nicht unerheblich im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sei. Dieses ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß die bürgerlichen Angestelltenorganisationen erhebliche Mitgliederverluste zu verzeichnen haben. Durch eine kluge Gewerkschaftstaktik gelang es dem Zentralverband der Angestellten, die Gehälter der Teuerung entsprechend zu erhöhen. Alle Angestellten müßten daraus den Schluß ziehen, daß ihr Platz nur in den Reihen des Zentralverbandes der Angestellten sei. In der Afa habe die Organisation planmäßig gearbeitet. Die Afa gewinne dauernd an Ansehen. Es sei mit einer weiteren günstigen Entwicklung zu rechnen, wenn alle Fachgruppen, Funktionäre und Ortsleitungen ihre Pflicht erfüllten.

Der vom Kassierer Schmidt gegebene Kassenbericht wies ein günstiges Bild auf; die Revisoren konnten Entlastung beantragen, die einstimmig bewilligt wurde.

Bei den Wahlen zur Ortsleitung wurde der alte Vorstand wiedergewählt. In die Afa wurden 11 Vertreter entsandt.

Sieben Lohnklassen für die Beiträge zur Knappschaftsversicherung. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags fand am Sonnabend ein Antrag Annahme, der als Grundlage für die Beiträge zur Knappschaftsversicherung sieben Lohnklassen vorsieht. Klasse I geht bis zu 75 Mk., II von 75 bis 100 Mk., III von 100 bis 125 Mk., IV von 125 bis 150 Mk., V von 150 bis 175 Mk., VI von 175 bis 200 Mk. und VII über 200 Mk. monatlichen Arbeitsverdienst. Als monatlicher Arbeitsverdienst soll das 25fache des durchschnittlichen Verdienstes für den vollen Arbeitstag gelten.

Kommunistische Niederlage. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde von der Generalversammlung ein Antrag der kommunistischen „Opposition", die Besetzung der unbesoldeten Ortsverwaltung nach dem Stärkeverhältnis der politischen Richtungen vorzunehmen, abgelehnt. Mit erdrückender Mehrheit wurde dann die Amsterdamer Liste für die Ortsverwaltung gewählt.

Kommunale Rundschau.

Das Schicksal der Städteordnung

ist nach dem augenblicklichen Stande der Verhandlungen im Preußischen Landtag vollständig ungewiß. Die Fassung, die die Städteordnung bei den letzten Ausschußberatungen erhalten hat, bedeutet eine so weitgehende Verschlechterung gegenüber den bisherigen Rechten, daß in der sozialdemokratischen wie in der demokratischen Fraktion starke Neigung besteht, die Städteordnung zu Fall zu bringen. Ein Ueberblick über die Entwicklung wird sich aber erst dann geben lassen, wenn die Beschlüsse zur zweiten Lesung vorliegen. Der Landtag hat die Abstimmungen auf den 23. und 24. Februar unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt vertagt. Erst danach wird man beurteilen können, welches Gesicht die Städteordnung erhalten hat. Den größten Anstoß erregen die Bestimmungen, die eine Verstärkung der Staatsaufsicht, eine Einschränkung der Selbstverwaltung und einschränkende Bestimmungen für die Unternehmungen der Gemeinden bedeutet. Sollten die Abstimmungsergebnisse zeigen, daß die beabsichtigten Verschlechterungen des preußischen Kommunalrechts bestehen bleiben, dann dürfte die Städteordnung fallen. Man rechnet allerdings damit, daß namentlich das Zentrum mit Rücksicht auf sein starkes Interesse an der Verabschiedung der Landgemeindeordnung sich den sozialdemokratischen und demokratischen Abänderungsanträgen nicht ablehnend gegenüber verhalten wird. Inzwischen hat auch der Preußische Städtetag neue Verhandlungen eingeleitet, auf die Landtagsabgeordneten im Sinne einer stärkeren Betonung der Selbstverwaltung der Städte einzuwirken.

Vergebung von Erbbaurechten.

Eine Rundfrage bei den Städten mit mehr als 100000 Einwohnern hat ergeben, daß nach Stabilisierung der Währung eine lebhafte Nachfrage nach Vergebung von Erbbaurechten eingesetzt hat. In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1925 sind in 21 Städten 560 Anträge gestellt worden. Davon entfallen 23,2 Prozent auf gemeinnützige Baugenossenschaften, 73,9 Prozent auf Private und 2,9 Prozent auf Industrieunternehmungen. Zum Abschluß gelangten 367 Verträge, d. h. 65,5 Prozent der Anträge. Davon mit gemeinnützigen Baugenossenschaften 24 Prozent, mit Privaten 72,2 Prozent, mit Industrieunternehmungen 3,8 Prozent. Zieht man die Größe des vergebenen Geländes in Betracht, so stehen an erster Stelle die gemeinnützigen Baugenossenschaften mit 78 Prozent des vergebenen Geländes, das insgesamt 988820 Quadratmeter ausmacht. Von Privaten sind 25,3 Prozent erworben, von Industrieunternehmungen 6,7 Prozent.

Die Steuerrückgänge in den Gemeinden werden sehr deutlich illustriert durch eine Rechnungsübersicht über die Ist-Eingänge der Stadt Berlin während der ersten drei Quartale des Etatsjahres 1925/26. Danach ist der gesamte Steuereingang von rund 87,3 Millionen im ersten Quartal auf 75,6 Millionen im zweiten Quartal und auf 68,1 Millionen im dritten Quartal zurückgegangen. An diesem Rückgang ist am stärksten beteiligt die Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer, die von 22,1 Millionen über 21,6 auf 14 Millionen zurückging, und ferner die gemeindliche Gewerbeertragssteuer, die von 13,1 Millionen über 9,5 auf 9,6 Millionen Mark sank. Verhältnismäßig stabil halten sich die eigentlichen Gemeindesteuern, die Grundsteuer, Wertzuwachssteuer, Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Getränkesteuer usw. Starke Rückgänge weist gegenüber dem Voranschlag die Grunderwerbssteuer auf, worin sich die schlechte Konjunktur auf dem Grundstücksmarkte widerspiegelt.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Harz 42/44.

Alle Gummiwaren — Gummi-Bleder Nähe Markt Gr. Steinstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260215-18/fragment/page=0007

Sport und Spiel

Halles Jugend braucht ein Heim und Sportplätze!

Zur Raum- und Platzdebatte.

Von F. Schlegel.

Man mag über die Absicht der Merseburger Regierung, in Halle ein neues Krankenhaus zu bauen, denken wie man will. Aber unwillkürlich drängt die Frage sich uns auf, sind denn mindestens in demselben Maße wie zur Krankheitsheilung Mittel zur Krankheitsverhinderung zur Verfügung gestellt? Von Magistratsseite wird man uns auf das Entgegenkommen in der Frage der Sportplätze „im Rahmen des Möglichen" hinweisen, von anderer Seite wieder auf Preisnachlaß usw. Von der herrschenden Klasse zu verlangen, die wirtschaftliche und soziale Lage des Volkes zu verbessern, um der gesundheitlichen und kulturellen Not ernstlich Einhalt gebieten zu können, wäre vergebliche Liebesmühe, kampflos gibt sie nichts her. Wir wollen uns auch nicht darüber unterhalten, ob der sogenannte bürgerliche Sport mit seinen Begleiterscheinungen tatsächlich die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Jugend und des Volkes so fördert, wie gemeinhin angenommen und behauptet wird. Wir wollen einmal untersuchen, ob man dem Volksteil, der den Seuchen den meisten Tribut zahlen muß, die nötige Unterstützung bei seinen Vorbeugungsmaßnahmen zuteil werden läßt.

Es ist noch nicht lange her, da war die Sportredaktion der „Hallischen Nachrichten" auf Herrn Rive, den Oberbürgermeister der Stadt Halle, nicht gut zu sprechen, und zwar deshalb, weil er immer der Bremser gewesen sei, wenn im Magistrat Fragen der Körperpflege zur Debatte standen. In derselben Zeitung haben wir nun vor kurzem gelesen, daß dem nicht so ist. Vielmehr soll der „Ober" bei Projekten, welche nach langer Ueberlegung seine Zustimmung fanden, die treibende Kraft sein. Wir sind der Ansicht, daß der gesamte Magistrat sehr oft schon im entscheidenden Moment zu lange überlegt hat. Wir erinnern nur an die Jugendheimfrage. Als man der Jugendbewegung das fast ideale Heim auf dem „Großberlin" nahm, dachte der Dezernent, Herr Welthusen, nicht daran, Ersatz zu schaffen. Warum wohl? Als das Heim Weidenplan zum Verkauf stand, und zwar zu günstigen Bedingungen, so die Stadt sogar das Vorkaufsrecht bekam, griff man nicht zu. Der neue Besitzer, die „Esag", wollte das Heim bald jugendrein machen. Der Guttempler-Orden mußte räumen, aus den Zimmern der proletarischen Organisationen entfernte man Einrichtungen und Lichtleitungen und versuchte so, ihnen das Bleiben zu verleiden. Der schöne Mozartsaal wurde zur Autogarage. Hier hatten die Stadtväter die Gelegenheit verpaßt, ein vorbildliches Jugendheim im Stadtinnern zu errichten. Als nach all diesem vor zwei Jahren der Ruf erscholl: „Jugend ohne Heim, gebt uns die Berechtigte", und alle Richtungen der Jugendvereine diese Forderungen dem Magistrat unterbreiteten, da war es der Dezernent des Jugendamtes, welcher seinen Kollegen Fischer (Dezernent für städtische Grundstücke) im Stadtverordnetenplenum bei der Ablehnung des Antrages am tatkräftigsten unterstützte. Die „bürgerliche" Jugendbewegung schreit nach Räumen und Spielplätzen und hat, gemessen an der proletarischen, übergenug. Ein Beispiel: Der Sportverein Bfl. 96 gibt eine Mitgliederzahl von 900 an, hat zwischen Trotha und Halle ein großes Terrain mit Gebäude usw. zur Verfügung, auf dem Sandanger Tennisplätze mit Haus, außerdem ein Bootshaus, Stbhütte und verschiedenes andere. Trotzdem verlangt er noch von der Stadt Land und andere Unterstützungen. Das Gegenbild: Der T.V. „Die Naturfreunde" zählt 500 Mitglieder und hat — gar nichts, was sich mit obigem vergleichen ließe. Letzterer Verein errichtet schon seit Jahren, von der Stadt ein an der Saale gelegenes Stück Land zum Bau eines eigenen Heimes zu erhalten, deren lakonische Antwort lautete immer: „Wir haben nichs Passendes." Durch den Sportteil der „G. N." erfährt man nun, daß das Gimritzer Land gegenüber der sogenannten Sau-Brücke Sportgelände werden soll. Für wen? Der Antrag der „Naturfreunde" liegt bei den zuständigen Stellen vor, dieselben rühren sich nicht, trotzdem jetzt nachweislich Gelände vorhanden ist.

Was kümmert es den Magistrat, daß der ein Heim suchende Verein 180 Mitglieder unter 18 Jahren hat. Mit der gleichgiltigsten Miene läßt man die jungen Menschen dem Alkohol und der Schundliteratur zum Opfer fallen, um ihnen später Krankenhäuser und Gefängnisse bauen zu können. Das Kulturbestreben der Jugend wird überall gehemmt durch kurzsichtigste Finanzpolitik. Das Heer der jugendlichen Arbeitslosen verlungert mit wenigen Ausnahmen nutzlos seine kostbare Zeit. Hier könnte man Lehr- und Lernmöglichkeiten erschließen — man dürfte aber nicht die Fortbildungsschulen als Vorbild nehmen —, und sei es nur, um die Allgemeinbildung der Volksmassen zu heben. Die Forderung: „Jugendwerkstätten", welche in anderen Städten längst verwirklicht ist, wird wohl in Halle dauernd Traum bleiben. Was braucht im mitteldeutschen „Essen" z. B. der junge Arbeitslose das Leben und Schaffen des Tischlers zu kennen? Vielseitigkeit ist heute Kraftvergeudung, jener darf hat Zahlen zu schreiben, untereinander, nebeneinander, des anderen Werk, was kümmerts ihn? Jugendheim in Halle? Oh, es gibt welche, doch man frage nicht nach dem Eigentümer. Organisationen, welche mit der Jugendbewegung nur den Namen gemeinsam haben, deren Ziel das graue Mittelalter ist, deren Losung kultureller Rückschritt heißt, sind es, gestützt von kapitalkräftigen Interessenten für junge Menschenhirne. Doch Herr Welthusen hat auch eine Pluspfeife. An den Weingärten entstand eine Jugendherberge. Ein Verdienst des Deutschen Jugendherbergsverbandes. Das ist zwiel und Grund genug, hier abzubauen. Die letzten Räume des Weidenplan-Heimes kann die „Esag" mit gleich großen vertauschen, und zwar mit solchen, in denen der Schwamm sein soll. Solche Räume sind für die Jugend des Proletariats ja gut genug, ihre Wohnung ist oft nicht einmal so „gesund". (Es handelt sich hier um das Gebäude des Kanarienvogelhändlers Tischler in der Fleischerstraße.)

Nachdem feststeht, daß in Zukunft auf jeden Hallenser vier Quadratmeter Land für Zwecke der Körperpflege kommen sollen, muß es Aufgabe der proletarischen Vertreter in der Stadtstube sein, dafür zu sorgen, daß nicht ihre Jugend hierbei wieder stiefmütterlich behandelt wird. Denn die Zeit ist vorbei, wo man über die neue Jugend lachte, ihre Ziele werden mehr und mehr Allgemeingut des Volkes. Der Jugend Element ist Lust und Sonne. An den Stadtvätern liegt es, ob in Halle eine gesunde Generation heranwachsen soll. Die Gelegenheit, sich für letzteres zu entscheiden, ist da, wie wird die Entscheidung fallen?

Jugend aller Richtungen
erscheint morgen, Dienstag, abend ½8 Uhr im kleinen Volksparksaal zur Jugendkundgebung für ein Jugendheim.

An alle Arbeiter und Angestellten!

Das Arbeitersportkartell, welches sich in seiner letzten Sitzung neu konstituiert hat, hat alle Maßnahmen getroffen, um eine großzügige Agitation und Propaganda für die Arbeitersportbewegung in die Wege zu leiten und dieselbe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. Das Arbeitersportkartell wendet sich an alle Arbeiter und die mit ihnen sympathisierenden Angestellten, welche gewillt sind, wirklichen kulturfördernden Sport zu treiben, sich der Arbeitersportbewegung anzuschließen.

Wir wissen, daß es vielen schwer fallen wird, die ihnen „liebgewordenen" bürgerlichen Sportvereine zu verlassen. Die Trennung muß vollzogen werden! Klasse zur Klasse. Tausende von Arbeitern und Angestellten verstehen und merken es nicht, daß sie von jenen Vereinen nur als Mittel zum Zweck gebraucht werden. Funktionieri die sogenannte „Kanone" nicht mehr, dann kann sie gehen, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!

Wie anders dagegen die Arbeitersportbewegung. Alles ist eingestellt auf Ertüchtigung und Stählung des menschlichen Körpers. Eingestellt auf den Kampf um die Existenz, auf das Recht zum Leben. Arbeiter und Angestellte, die Ihr noch nicht zu uns gehört und den Weg noch nicht zu uns gefunden habt, wir rufen Euch von dieser Stelle aus zu: Kommt zu uns!

Die Arbeitersportbewegung hat durch Leistungen und Taten bewiesen, daß sie den bürgerlichen Sportvereinen ebenbürtig an die Seite zu stellen ist, ja wenn nicht, wie durch die Frankfurter Olympiade selbst durch Bürgerliche anerkannt wurde, ihnen überlegen ist. Darum, Arbeiter und Angestellte, heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen, hinein in die Arbeitersportbewegung!

Das Arbeitersportkartell.
J. A.: K. Oertel.

2. Kreis, 6. Bezirk: Mitteldeutsche Spielvereinigung.

Fußball-Resultate vom 14. Februar:

Sportlust I — Wörmlitz I 2:2 (0:2).

Am Sonntag standen sich obige Mannschaften zu einem Freundschaftsspiel gegenüber. Um 3 Uhr gab der Schiedsrichter den Ball frei. Sportlust hatte Anstoß, konnte aber durch schlechtes Zusammenspiel nichts erzielen. In den ersten 20 Minuten erzielte Wörmlitz durch Fehler der Verteidigung zwei Tore für sich und ging mit 2:0 in die Halbzeit. Nach Seitenwechsel spielte Sportlust überlegen und stellte in kurzer Zeit das Resultat auf 2:2. Wörmlitz hatte viel Glück, daß es kein höheres Resultat geworden war. Der Schiedsrichter leitete das Spiel einwandfrei.

*

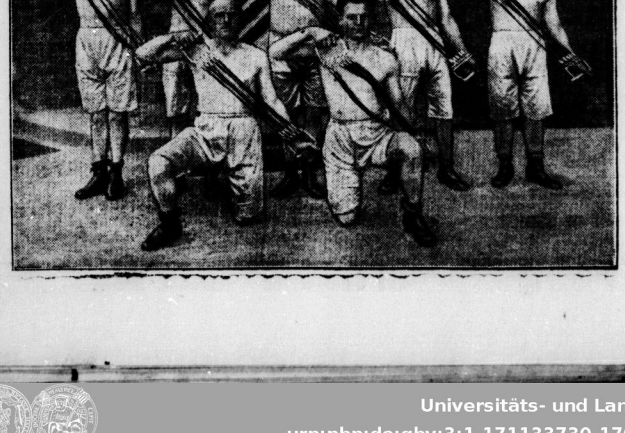
Sportbrüder I — VB. Lettin I 2:2 (0:1). Nach körperlichem Spiel der Lettiner konnte VB. kurz vor Schluß das ausgleichende Tor erzielen. — **Fortuna I** konnte mit knapper Not mit 2:1 **Viktoria I** schlagen. Wir haben unseren Bezirksmeister allerdings schon viel besser gesehen. — **ATC I — Teutonia I 3:4.** Hier war nach ausgeglichenem Spiel der Glücklichere Sieger. — **Fichte I** hatte **Aue-Zeitz I** zu Gaste und spielte 1:1. (Wo blieb hier der für das Spiel vorgesehene Schiedsrichter?) — **Minerva I** konnte nur knapp mit 2:1 über **Reitzsch I** siegen.

*

Minerva III — Kröllwitz III 3:2.
Viktoria II — Fortuna II 5:1.
Viktoria Jgd. — Askania Jgd. 1:1.
Sportlust II — Passendorf II 2:2 (0:1).
Sportlust I Jgd. — Wörmlitz I Jgd. 1:1 (1:1). Beide Mannschaften spielten zeitweise überlegen.
Sportlust II Jgd. — ASC. I Jgd. 0:5 (0:3).

*

Mehrere Mannschaften weilten gestern auswärts, daher war bis zur Stunde kein Resultat bekannt. Die Berichterstattung ließ am gestrigen Tage übrigens zu wünschen übrig. Das muß in Zukunft im Interesse der Bewegung anders werden. Je mehr an die Oeffentlichkeit kommt, um so mehr Nutzen hat der Arbeitersport. Bz.



Expanderklub „Othello", Halle a. S.

Amtlich.

Am Sonntag, dem 21. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark" die fällige **Berichterstattersitzung** statt. Jeder Berichterstatter hat zu erscheinen. Nach der Sitzung Besichtigung der Genossenschaftsdruckerei.

Heute, Montag, abend findet im „Volkspark" eine **Bezirks-Vollsitzung** statt. Alle Vereine haben zu erscheinen.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe: Handball.

Ergebnisse vom 14. Februar:

Sportler.

Minerva I—Schafstädt I 0:2. (Minerva spielte nur mit 8 Mann.)
Atlas I—Fichte II (Ammendorf) 1:0.
Fichte II—Askania I 4:0.
Fichte III—Dölau I 7:0.
Wörmlitz I—Achilles I 4:1.
Fichte I—Ammendorf I 4:0.
Oth-llo I—ASC. II 5:1.
Achilles II—Diemitz I 0:0.

*

Sportlerinnen.

VC. Giebichenstein—ASC. 2:0 (1:0).

Beide Mannschaften standen sich am gestrigen Sonntag im fälligen Serienspiel auf der Petzniß gegenüber, welches Giebichenstein durch gutes und überlegenes Spielen für sich entscheiden konnte. ASC., mit 9 Mann, zeigte sich ebenfalls als beachtenswerter Gegner. G. hatte Anwurf und drückte ASC. in die eigene Spielhälfte, um diese im Verlauf des Spieles nur selten zu verlassen. Der Sturm von G. überholt sich zeitweise an Kombinationsspiel vor dem Tor, so daß des ASC.-Tormann manchen gut angebrachten Wurf zu halten hatte. Er verstand es aber auch recht gut. Anionas wollte es bei ASC. im Zusammenspiel nicht so recht gehen, aber am Schluß der ersten Spielhälfte kam die Arbeit des Mittelläufers sowie der drei Stürmer zeitweise doch zur Geltung, was zu manchen guten Durchbruch führte, der allerdings bei der Hintermannschaft von G. zum Stehen gebracht wurde. Fast schien es, als ob der ASC.-Torwart das Spiel entscheiden sollte durch seine Arbeit. Erst in der 16. Minute gelang der erste Treffer für G. vom Mittelstürmer, der einen schlechten Abwurf des ASC.-Torwarts ausnutzte. ASC. versuchte nun auszugleichen, doch G. ließ nichts aufkommen. In der zweiten Spielhälfte zeigte sich eine Besserung bei ASC. im Zuspiel. Sie zog des öfteren in die gegnerische Hälfte, wo die Hintermannschaft von G. immer auf klärte. G. bekam einen Strafwurf zugesprochen, welcher vorbei geworfen wurde. Die Ueberlegenheit von G. zeigte sich dann immer mehr. Der Torwart hatte alle Hände voll zu tun, konnte es aber nicht verhindern, daß der HR. in der 36. Minute zum zweiten Male einsandte. Der ASC.-Tormann verhinderte darauf jeden weiteren Erfolg. Ihm ist das knappe Torresultat zuzuschreiben. Das Spiel wurde von Anfang an fair und lebhaft durchgeführt. Beide Mannschaften fielen auf durch die Ruhe während dem Spiel. Der Schiedsrichter leitete das Spiel einwandfrei.

*

Minerva—Achilles I 1:0. — Minerva war nur mit 10 Spielerinnen zur Stelle. Bz.

Arbeiter-Kegelbund, Ortsgruppe Halle.

Der Kegelklub Freie Kegelschwestern nimmt noch einige Kegelschwestern auf. Interessenten können sich Dienstags, nachmittags von 2—6 Uhr, auf der Kegelbahn des „Volkspark" melden.

2. Kreis, 8. Bezirk: Mitteldeutsche Spielvereinigung.

Fußballergebnisse vom 14. Februar.

Am Sonntag standen sich **Sportklub II (Jeßnitz)** und **Sandersdorf II** in Sandersdorf zum Gesellschaftsspiel gegenüber. Von Anfang an überlegenes Spiel von seiten Sandersdorfs, welches bis Halbzeit durch sechs Tore ausgedrückt wurde. Nach Halbzeit hielt die Ueberlegenheit an und konnte das Resultat auf 8:0 gestellt werden. Zehn Minuten vor Schluß wurde abgebrochen, da Jeßnitz nicht mehr spielfähig war.

In Wolten spielte **Greppin Jgd.** gegen **Wolten Jgd.** 1:0 für Greppin. Greppin war von Anfang an überlegen und gewann sicherer, als es das Resultat besagt. er.

16. Kreis, 7. Bezirk: Märkische Spielvereinigung.

Der Vertretertag in Finsterwalde am 31. Januar war von sämtlichen Vereinen beschickt. Auf Antrag geht an sämtliche restierenden Vereine die Mahnung, allen Verpflichtungen bis zum 15. Februar nachzukommen, andernfalls Spielverbot bis zur Begleichung eintritt. Folgender Antrag wird angenommen: „Zu der kommenden Serie werden die Vereine nur mit soviel Mannschaften zugelassen, als sie Schiedsrichter stellen können." Der Protestobmann gibt bekannt, daß im vergangenen Geschäftsjahr nur zwei Proteste verhandelt worden sind. Der technische Leiter gab dann Bericht über die Bundesspiele. Bezirksmeister sind, in der 1. Klasse Hertha (Rehsdorf), in der 2. Klasse Germania, in der 3. Klasse Neu-Hellas, in der Jugendklasse Annahütte. Der 7. Bezirk stellt folgenden Antrag an den Kreistag der MSV.: „Auf dem kommenden Kreistag ist zu beschließen, daß die MSV. ihre geschäftliche Leitung wieder erhält." Gewählt wurden als geschäftlicher Leiter K. Hausmann, als technischer Leiter Max Heinrich (Rehsdorf), als Kassierer Willy Bornemann. Genosse Franz Laie fungiert bis zur endgültigen Wahl eines Schiedsrichterobmannes weiter. Die kommende Serie wird in einer Herbst- und Frühjahrsrunde ausgetragen. Das Kreisfest am 17., 18. und 19. Juli in Forst wird am Festsonnabend durch ein Fußballspiel der beiden Gruppenmeister Hertha (Rehsdorf) I — Raundorf b. Lauchh. I eingeleitet. Sollte der 8. Bezirk von den Spielen zum Feste Abstand nehmen, so wird der 7. Spielbezirk beim Kreisvorstand vorstellig werden, noch eine Mannschaft des 7. Bezirks spielen zu lassen.

Das Städtewettspiel Chemnitz I — Finsterwalde I findet am 21. Februar in Finsterwalde statt.

Aus dem Reiche.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund beschloß in seiner Bundesvorstandssitzung am 7. Februar, den Bundestag vom 24. bis 27. Juli in Hamburg abzuhalten. Als Tag der Einweihung der Arbeiter-Turn- und Sportschule in Leipzig wurde der 19. Dezember bestimmt.

Die Teilnehmer an den Wintersportkämpfen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, die am 20. und 21. Februar in Oberwiesenthal stattfinden, melden sich bei der Geschäftsstelle des Bundes in Leipzig, Fichtestr. 36. Quartiere besorgt Genosse W. Richter in Oberwiesenthal.

VC. Giebichenstein. Am Montag, dem 15. Februar, in der Wittekindschule (Turnhalle): Uebliche Trainingsstunde. Beginn: 7½ Uhr. Jedes Vereinsmitglied hat zu erscheinen, vor allem die aktiven Sportgenossen.

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Heute, Montag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Heim (Weidenplan): Ausstellungskommissionssitzung. Alle Genossen, die an der Ausstellungsarbeit beteiligt sind, müssen erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192602 15-18/fragment/page=0008